AZ 3001 Bern

Der Freisinn FDP

Nr. 1
Januar 1982
4. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Seilziehen zwischen Bundesrat und Parlament

Wer ist die oberste Macht im Staat?

In der vergangenen Dezembersession ist anlässlich der Debatte über die Richtlinien der Regierungspolitik der schon lange schwelende Konflikt zwischen Parlament und Bundesrat zum Ausbruch gekommen. Auf eine einfache Formel gebracht ging es darum, wer eigentlich die oberste Macht im Staate darstelle, wer die Politik zu bestimmen habe, der Bundesrat oder das Parlament. Es zeichneten sich die Anfänge eines Machtkampfes ab. Bundeshausredaktorin Dr. Beatrice Steinmann hat dazu einige Ueberlegungen angestellt.

Verfassungsrechtlich ist die Frage einfach zu beantworten, und die Staatsrechtler unter den Parlamentariern tun es auch. Artikel 71 der Bundesverfassung drückt sich klar aus: «Unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone wird die oberste Gewalt des Bundes durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abteilungen besteht: a) aus dem Nationalrat und b) aus dem Ständerat.» Was da «unter Vorbehalt» noch erwähnt wird, stellt die eigentliche Macht in unserem Staate dar, den Souverän — der diese Macht aber an die von ihm gewählte Bundesversammlung delegiert.

Grundsätzlich nie bestritten

Diese Machtverteilung ist seit der Gründung des Bundesstaates 1848 grundsätzlich nie bestritten worden. Aber es gab vor allem in neuerer Zeit, aus konkreten äusseren Anlässen, verschiedentlich Schwerpunktverlagerungen zur Exekutive, dem Bundesrat, hin. Die beiden Weltkriege machten ein Vollmachtenregime des Bundesrates nicht nur aus praktischen Gründen notwendig, sondern diese Schwergewichtsverlagerung liess sich auch mit dem verfassungsrechtlichen Auftrag von Art. 102 BV begründen: «Der Bundesrat wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach aussen.» Es fällt auf, dass eigentlich erst seit diesen Perioden der Bundesrat begonnen hat, in Verlautbarungen von sich als von der «Landesregierung» zu sprechen. Vorher hiess das schlicht: «der Bundesrat».

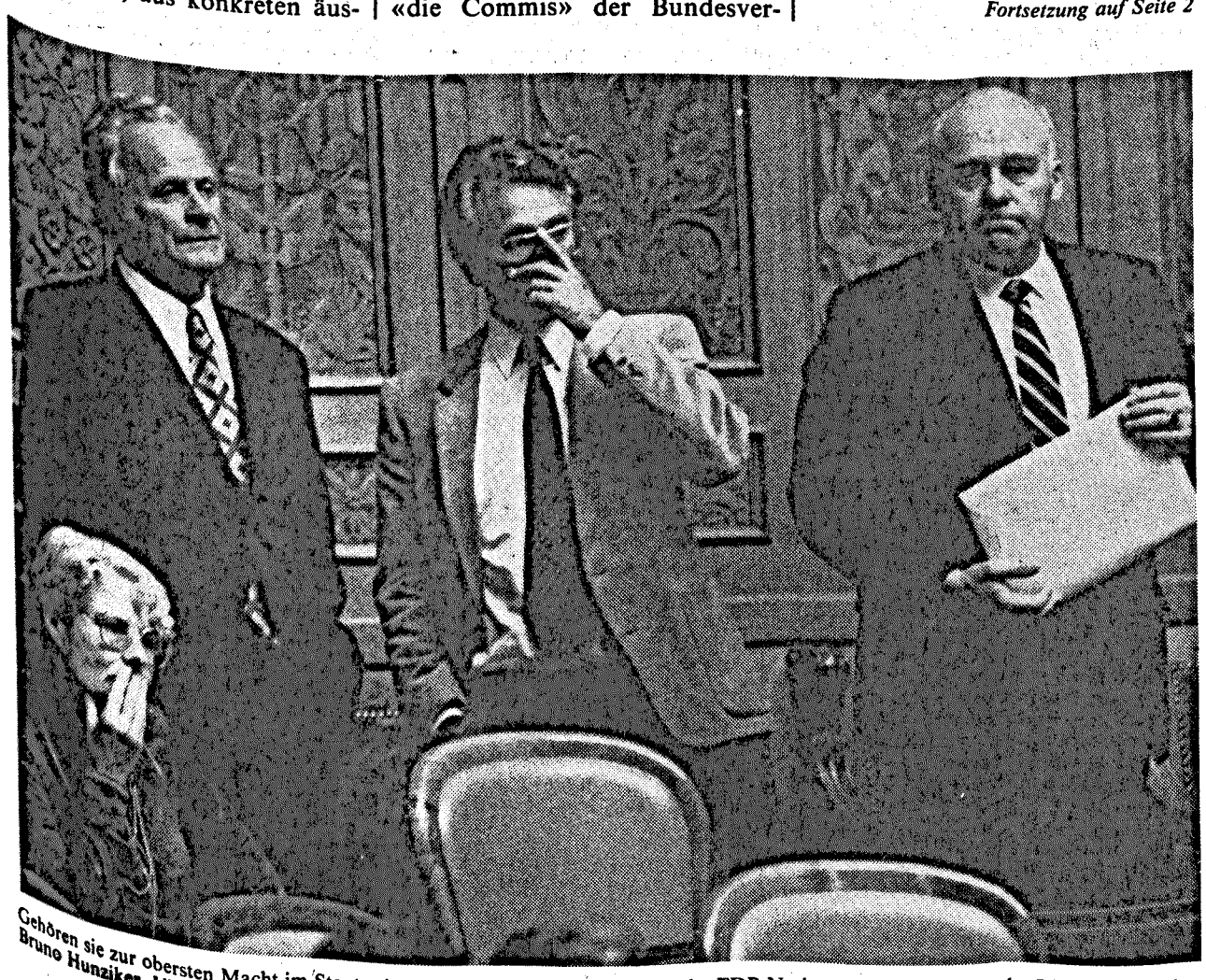
Es gab anderseits auch Zeiten, in denen das Parlament gegenüber dem Bundesrat stark auftrumpfte und Bundesräte schrieben, sie seien eigentlich nur noch «die Commis» der Bundesversammlung und von dieser «total abhängig». Aehnliche Erscheinungen gab es übrigens auch zwischen kantonalen Regierungen und Kantonsparlamenten.

Wer kann wem Weisungen erteilen?

Im konkreten Vorfall der letzten Session ging es darum, ob das Parlament das Recht habe, dem Bundesrat politische Weisungen zu erteilen. Das Parlament war der Meinung, ja, dieses Recht besitze es, und zwar auf Grund des Artikels 85 BV. Bundespräsident Furgler bestritt das und vertrat mehr oder weniger die Auffassung, das Parlament habe nur eine nachträgliche Verwaltungskontrolle auszuüben. Der Bundesrat lasse sich nicht sagen, was er zu tun und was er zu lassen habe, sozusagen welche Vorlagen er bis zur nächsten Legislaturperiode in den Eisschrank tun müsse und welche er zügig weiterverfolgen dürfe. Diesen Anspruch auf «Einmischung» des Parlaments in die Regierungsgeschäfte des Bundesrates verbat sich der Bundespräsident mehrmals und mit harschen Worten.

Dieser Stil ist vom Nationalrat nicht gut aufgenommen worden. Er will eindeutig weniger Hektik, weniger Gesetzesvorlagen und keine Massenproduktion von Bundesbeschlüssen, bei denen die Kantone mit dem Vollzug sowohl aus finanziellen wie aus personellen Gründen nicht nachkommen. Und er wollte eine andere Prioritätenordnung für das, was in der zweiten Halbzeit der Legislatur noch zu machen und was auf die nächste Legislatur zu verschieben sei. Die Ansichten über Wichtig-

Fortsetzung auf Seite 2



Gehören sie zur obersten Macht im Staat oder ist es der Bundesrat? Skeptische FDP-Nationalräte (v.l.n.r. Martha Ribi, Otto Fischer, Bruno Hunziker, Ulrich Bremi) (Foto Ruti)

Nationalrat Friedrich:
Ja aus aussenpolitischen Erwägungen

Pro und contra Uno-Beitritt

In seiner letzten Sitzung im alten Jahr hat der Bundesrat die Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Uno verabschiedet. Darin beantragt er den eidgenössischen Räten, dem Beitritt unseres Landes zur Weltorganisation zuzustimmen. — Mit einem Beitrag von Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich (Winterthur) wird die Diskussion über dieses Thema im «Freisinn» eröffnet:

Diskutiert man in unserem Lande über einen Uno-Beitritt, so stösst man immer wieder auf folgende Haltung: Es wird eine lange Liste von Fehlern und Mängeln der Weltorganisation präsentiert und daraus der Schluss gezogen, dass wir die Finger davon lassen sollten. Das ist ein falscher Ausgangspunkt. Dass die Uno mit zahlreichen Unzulänglichkeiten behaftet ist, dass eine Kluft zwischen Zielsetzung und Realität besteht, lässt sich nicht bestreiten. Aber Vollkommenheit ist in der internationalen Politik noch viel weniger erreichbar als anderswo, und so müsste die richtige Fragestellung doch wohl eher dahin gehen, ob eine Mitgliedschaft in der Uno den wesentlichen Zielen unserer Aussenpolitik diene oder nicht.

Aussenpolitik ist ein sehr nüchternes und sachliches Geschäft und eignet sich schlecht als Tummelfeld für Moralisten und Ideologen jeglicher Spielart. In erster Linie dient sie der Wahrung unserer eigenen Interessen in dieser Welt und der Wahrnehmung unserer — bescheidenen — Mitverantwortung für diese Welt. Ausgangspunkt jeder Diskussion sollte daher die Frage bilden, ob ein Beitritt für diese beiden wesentlichen Ziele Vorteile bringe oder nicht.

Ausgewiesene Universalität

Geht man von diesem Ausgangs-

Fortsetzung auf Seite 4

Informieren, diskutieren

Die FDP zur Veröffentlichung der Uno-Botschaft

Mit der Veröffentlichung der Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Uno und dem Antrag zum Beitritt hat der Bundesrat den ersten Schritt zum nötig werdenden endgültigen Entscheid von Volk und Ständen getan. Nach Ansicht der FDP, die es begrüsst, dass der lang erdauerte Antrag vorliegt, geht es nun darum, in einer breiten und offenen Aussprache Vor- und Nachteile eines Beitrittes wie Vor- und Nachteile eines weiteren Beiseitestehens auszudiskutieren. Deshalb kommt der Information und vertieften Auseinandersetzung besondere Bedeutung zu. Die Partei selbst wird zu gegebenem Zeitpunkt gemäss ihrer demokratischen und föderalistischen Struktur ihre Parole beschliessen.

Mit den anderen Bundesratsparteien ist die FDP einig, dass die Behandlung der Botschaft in der laufenden Legislaturperiode von den eidgenössischen Räten aufgenommen werden soll. Aus zeitlichen Gründen einerseits und der bestehenden Ueberlastung des Parlamentes anderseits ist jedoch eine Volksabstimmung erst in der nächsten Legislaturperiode möglich.

Ein von der FDP der Schweiz vor einiger Zeit bei ihren Kantonalparteien durchgeführtes Vernehmlassungsverfahren, basierend auf einer von alt Nationalrat Dr. Gerhart Schürch und Nationalrat Bernard Dupont ausgearbeiteten Dokumentation, hat ein geteiltes Bild über die Wünschbarkeit eines Uno-Beitrittes ergeben. Deutlich kam dabei aber auch zum Ausdruck, dass der Informationsstand ungenügend ist. Deshalb bedauert die Partei, dass ihrem Wunsch auf Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens, das Gelegenheit gegeben hätte, zusätzlich über diese Weltorganisation zu orientieren, seinerzeit nicht stattgegeben wurde.

Sparen?
Dann zur
SKA.

SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Fortsetzung von Seite 1

keit und Dringlichkeit gingen auseinander.

Allerdings auch innerhalb des Parlaments. Und hier, beim Parlament, ist überhaupt einer der Schwachpunkte angesiedelt. Das wirbelnde Rad der Gesetzesmaschinerie wird nämlich vom Parlament selbst angetrieben. Es wimmelt bekanntlich von Vorstössen und Initiativen, die alle irgendeine Betätigung des Bundes zum Ziele haben. Nicht immer gelingt es dem Bundesrat, diese Anstösse in der Form des unverbindlichen Postulats entgegenzunehmen (und in der Bundesschublade zum Schlummer abzulegen). Sehr oft verpflichtet ihn eine von den Räten angenommene Motion verbindlich, dies oder jenes zu tun, diese oder jene Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Die Anstösse, die vom Bundesrat selbst ausgehen, sind eher selten. In diesem Sinne ist der Bundesrat wirklich die Exekutive, die auszuführen hat, was ihr die Legislative befiehlt.

Von diesem Moment an aber, so befindet heutzutage der Bundesrat, sei er mehr oder weniger frei bis zum selbstgewählten Zeitpunkt, da er Botschaft und Antrag dem Parlament unterbreite. Und überdies habe er auch das Recht auf eigene Ideen — was sicherlich stimmt, da er ja schliesslich noch etwas mehr ist als die Spitze der Verwaltung.

Eidgenössische Volksabstimmungen 1982

Von den vom Bundesrat bereits vor einiger Zeit traditionsgemäss vorangekündigten Abstimmungsdaten für das kommende Jahr wird der erste Termin, der 7. März, nicht benötigt, da keine abstimmungsreifen Geschäfte vorliegen. Bereits festgelegt wurde, dass am 6. Juni über das Ausländergesetz abzustimmen ist, nachdem dagegen das Referendum erfolgreich ergriffen wurde. Ob am gleichen Wochenende noch andere Entscheide anhängig sein werden, ist noch offen. Die weiteren Blanko-Abstimmungsdaten für 1982: 26. September und 28. November.

Das Parlament pocht auf sein Recht

Aber manche Parlamentarier wollen das Leitseil in der Hand behalten und pochen auf die Verfassung. Und mit einer gewissen unbestreitbaren Logik erklären sie auch, dass, wenn das Parlament das Recht habe, mit einer Motion den Bundesrat zu einer Handlung zu verpflichten, es anderseits auch das Recht haben müsse, mit einer Motion bei veränderten Verhältnissen diesen Auftrag wieder abzublasen oder zeitlich zu verschieben, zum Beispiel die Totalrevision der Bundesverfassung oder den Uno-Beitritt. Bundespräsident Furgler lehnte das ab.

Auf einem Nebengeleise spielt sich ein anderer Machtkampf ab. Und zwar bezüglich der Verordnungen, für die der Bundesrat die alleinige Kompetenz hat und wo weder Parlament noch Souverän mit einem Referendum eingreifen können. Aber auch hier ist das Parlament wiederum nicht blütenweiss unschuldig. Denn nur zu oft verweist man bei einer Gesetzesberatung dieses oder jenes Problem, weil zu delikat oder zu arbeitsintensiv, in die Verordnung. Viele Parlamentarier möchten jetzt mit einer Motion nachträglich korrigierend eingreifen können.

Wer die seinerzeitigen Kämpfe in der Mirageaffäre miterlebt hat, wo das Heft eindeutig vom Parlament, genauer von Nationalrat Furgler, in die Hand genommen worden ist, sieht sich zur maliziösen Gretchenfrage gedrängt: Wie wäre das Rededuell um die Vormacht im Staate ausgefallen, wenn die Stühle vertauscht gewesen wären? Und Bundespräsident Furgler nicht Sprecher des Bundesrates, sondern, wie einst, des Parlaments gewesen wäre?

Erstrebenswertes Ziel, aber unrealistischer Weg

Landwirtschaftsausschuss zur Futtermittelinitiative

Der Ausschuss für Landwirtschaftspolitik der FDP anerkennt die grundsätzlich erstrebenswerten Zielsetzungen der Futtermittelinitiative, erachtet aber den im Volksbegehren vorgezeigten Weg als untauglich und unrealistisch. Er unterstützt sämtliche Bestrebungen, die die Ziele der Initiative im Rahmen der parlamentarischen Beratungen auf Gesetzesebene realisieren wollen, wobei eine untragbare Ausweitung des agrarpolitischen Dirigismus (beispielsweise Couponsystem für importierte Futtermittel) vermieden werden muss.

Eine Verwirklichung der Initiative würde die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Strukturen der einheimischen Landwirtschaft in entscheidendem Masse beeinflussen. Der Futtermittelbewirtschaftung kommt deshalb nach Ansicht des agrarpolitischen Fachgremiums der FDP der Schweiz, das von Regierungsrat Erwin Muff (Willisau, LU) präsidiert wird, in der schweizerischen Agrarpolitik eine zentrale Bedeutung zu. Es behält sich vor, nach der laufenden parlamentarischen Beratung erneut zur Futtermittelinitiative Stellung zu nehmen.

Nichteintreten, dafür verlängern

Die FDP zum Vorentwurf für ein Strahlenschutz- und Kernenergienutzungs-Recht

Die FDP erachtet eine Totalrevision des Atomgesetzes zurzeit als verfrüht, da konkrete Erfahrungen mit dem neu konzipierten Rahmenbewilligungsverfahren mit Bedarfsnachweis noch fehlen. Dies bemerkt die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zum Vorentwurf für ein Strahlenschutz- und Kernenergienutzungs-Gesetz. Sie stellt deshalb den Antrag, auf eine Totalrevision nicht einzutreten und dafür den Bundesbeschluss zum geltenden Atomgesetz zu verlängern.

Der 1978 vom Schweizervolk angenommene Kompromiss sollte nach Auffassung der FDP angesichts der politischen Lage auf dem Kernenergiesektor nicht heute schon wieder in Frage gestellt werden, zumal dadurch wiederum ein Zustand der Rechtsunsicherheit geschaffen würde. Der in der Totalrevision ausgeklammerte Problemkreis Haftung und Versicherung steht zudem vor Abschluss einer Neuordnung.

Auch in sachlicher Hinsicht ist der Entwurf der Expertenkommission für die FDP der Schweiz nicht akzeptabel. Mit dem Bundesrat ist die Partei der Auffassung, dass in Zukunft eine verstärkte Nutzung der Kernenergie — und zwar nicht nur als Lückenbüsser — erforderlich ist. Sie wendet sich deshalb entschieden gegen die negative Grundhaltung, die sich wie ein roter Faden durch den ganzen Vorentwurf zieht. Die Realisierung einer Kernanlage in der Schweiz würde auf Grund eines solchen, die Kernenergie diskriminierenden Gesetzes noch bedeutend schwieriger und teurer, als dies bis anhin schon der Fall ist; mithin kann von einem Verhinderungsgesetz gesprochen werden. Unbestimmte Begriffe und unklare Kriterien führen zudem zu einer untragbaren Gefährdung der Rechtssicherheit, die nicht in Kauf genommen werden kann. Schliesslich wendet sich die Partei auch gegen zusätzliche Verstaatlichungstendenzen auf dem Gebiet der Kernenergie, die sachlich in keiner Weise gerechtfertigt sind.

Im weiteren wirft die FDP die Frage auf, ob bei einer Neukonzipierung des Gesetzesentwurfs die Themen Strahlenschutz und Kernenergienutzung nicht getrennt und in separaten Erlassen geregelt werden sollten. Dieses Vorgehen würde wahrscheinlich erlauben, das politisch unbestrittene Gebiet des Strahlenschutzes in relativ kurzer Frist in ein Gesetz zu fassen.

Zivilschutz: FDP verlangt Auskunft

Vorstoss in den eidgenössischen Räten eingereicht

«Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament seine Beurteilung des derzeitigen Standes des Zivilschutzes und die von ihm ins Auge gefassten Massnahmen zur Behebung der Lücken bekanntzugeben.» Dies verlangt die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einer von Nationalrat Hans Rüegg (Rüti, ZH) eingereichten Interpellation. In der letzten Zeit sind in der Oeffentlichkeit da und dort Zweifel an der Bereitschaft des Zivilschutzes geäussert worden. Sie werden namentlich mit Lücken im Investitionsbereich sowie mit Mängeln in der Ausbildung und in der Kaderauswahl der örtlichen Zivilschutzorganisationen begründet.

Mehr Armee-Ausbildungsplätze unumgänglich

Stellungnahme des Militärausschusses

Alle Anstrengungen sind zu unternehmen, um der Armee in ausreichendem Masse Waffen-, Schiess- und Uebungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dabei sind jedoch den Bedürfnissen des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes, der Raumplanung sowie tourismuspolitischen Aspekten Beachtung zu schenken. Diese Ansicht vertritt der Militärausschuss der FDP, da eine glaubwürdige Landesverteidigung Uebungsplätze verlangt, die sowohl den Bedürfnissen einer modernen Armee wie dem heutigen Kriegsbild Rechnung tragen.

Das Gremium, das von Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich (Winterthur) präsidiert wird, liess durch Walter Haab, Chef der Abteilung Waffen- und Schiessplätze im EMD, über die gegenwärtige Situation orientieren. Demnach besteht ein unverkennbarer Nachholbedarf nach Ausbildungsplätzen, vor allem in den Sektoren Panzerabwehr, Ortskampfanlagen sowie für die mechanisierten Truppen. Dank optimaler Nutzung der bestehenden Anlagen sowie maximaler Koordination konnten bis anhin die grössten Engpässe überwunden werden. Wenn die neuen Waffen, die bereits beschafft wurden bzw. deren Ablieferung an die Truppen bevorsteht, effizient eingesetzt werden sollen, sind neue und vor allem grössere Uebungsplätze bereitzuhalten. Einem Ausweichen auf das Ausland stehen Widerstände politischer, rechtlicher und praktischer Art gegenüber.

Gegen perfektionistische Tendenzen

Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen begrüsst

Gerade in einer Periode zunehmender Unsicherheiten in den internationalen Handels- und Finanzbeziehungen erachtet es die FDP als ausserordentlich bedeutungsvoll, wenn die Bundesbehörden die Kompetenz erhalten, Vorkehren zu treffen, die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft gegenüber aussenwirtschaftichen Massnahmen des Auslandes zu schützen. Die Partei wendet sich ausdrücklich gegen protektionistische Tendenzen. Sie begrüsst deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort das Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen.

Mit der vorgesehenen Ausdehnung des Geltungsbereiches kann sich die Partei einverstanden erklären, wird doch damit dem Bundesrat ein Instrument für eine zeitgemässe und effiziente Aussenwirtschaftspolitik in die Hand gegeben. In Uebereinstimmung mit dem Antrag des Bundesrates ist sie der Ansicht, dass sich eine Unterstellung des Dienstleistungssektors im Moment nicht aufdrängt, weil sie der Ueberzeugung ist, dass gesetzliche Regelungen erst ergriffen werden sollen, wenn sie wirklich einem Bedürfnis entsprechen. Eine Legiferierung «auf Vorschuss» lehnt die Partei ab. Auf Grund der Erfahrungen mit der bisherigen sechsmonatigen Berichterstattung ist sie der Ansicht, dass eine straffe und konzentrierte Orientierung im Einjahr-Rhythmus vollauf genügt.

Freiwillig, dafür Ausdehnung des Geltungsbereichs

Die FDP zum Bundesgesetz über die Bildung steuerbegünstigter Arbeitsbeschaffungsreserven

Als taugliches konjunkturpolitisches Instrumentarium erachtet die FDP die Bildung steuerbegünstigter Arbeitsbeschaffungsreserven. Sie steht deshalb dem vorgeschlagenen Bundesgesetz positiv gegenüber, weist aber darauf hin, dass dessen Erfolg davon abhängt, ob es gelingt, Bund, Kantone und Gemeinden auf eine einheitliche Steuerbefreiung festzulegen. In ihrer Vernehmlassungsantwort schlägt die Partei zahlreiche Aenderungen und Ergänzungen vor.

Einem Obligatorium zur Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven steht die FDP negativ gegenüber. Dies um so mehr, als die Partei den Geltungsbereich des Bundesgesetzes ausdehnen und auch kleinere Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten einbeziehen möchte. Ein solcher Schritt wäre jedoch nur auf der Basis einer freiwilligen Lösung möglich. Im weiteren beantragt sie, die Entscheidungskompetenzen der Kantone in all jenen Fällen nachhaltig zu verstärken, in denen die Arbeitsbeschaffungsreserven nicht gesamtschweizerisch oder für mehrer Kantone gemeinsam freigegeben werden. Insbesondere soll die Freigabe einzelner Unternehmungen voll den Kantonen überlassen bleiben.

Mehr Fragen denn Antworten

Die Studiengruppe Medienpolitik zum Radio- und Fernsehartikel

Mehr Fragen wirft der vorgeschlagene Radio- und Fernsehartikel auf, denn dass er Antworten gibt. Dies kann als Fazit eines Meinungsaustausches in der von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon) geleiteten Studiengruppe Medienpolitik der FDP gezogen werden. Dabei kam auch zum Ausdruck, dass die Meinungen über den Inhalt des Verfassungsartikels noch weit auseinandergehen. Kaum bestritten wurde die Frage der Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Verankerung, wenn Radio und Fernsehen nicht mehr monopolistisch, sondern, was zu erwarten ist, pluralistisch ausgestaltet sind. Der lebhaften Aussprache, der auch zahlreiche freisinnige Parlamentarier folgten, gingen einleitende Kurzreferate von PD Dr. Wolfgang Larese und Dr. H. W. Kopp voraus.

In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass eine Ermächtigungskompetenz, wie sie die Partei im Vernehmlassungsverfahren vorgeschlagen hatte, noch heute die grössten Chancen hätte, auf eine breite Unterstützung zu stossen. Zudem wurde die Befürchtung geäussert, dass der vorgeschlagene Verfassungsartikel im Parlament durch zusätzliche Programmanforderungen «angereichert» wird und sich damit wieder jener der verworfenen Vorlagen nähert und so kaum Chancen in einer Volksabstimmung besitzt. Ausdrücklich wurde die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass eine möglichst liberale Variante ausgearbeitet wird. Die Verärgerung über die beiden Medien Radio und Fernsehen darf nicht unversehens dazu führen, dass diese an die Kandare des Staates gelegt werden. Skepsis wurde im weiteren gegenüber im vorgeschlagenen Artikel verankerten Leistungsansätzen geäussert.

Mit Straffung mehr Flexibilität

Zum Bundesgesetz über die GGF

Die Bestreben, die Schweizerische Genossenschaft für Getreide und Futtermittel (GGF) weiterzuführen, werden von der FDP begrüsst. In ihrer Vernehmlassungsantwort unterstützt sie die Absicht, den bisherigen, jeweils erneuerungspflichtigen Bundesbeschluss in ein Bundesgesetz umzuwandeln, um so der GGF eine dauerhafte Gesetzesgrundlage zu geben. Die Partei ist allerdings der Ansicht, dass der vorgelegte Gesetzesentwurf zu viele Einzelheiten und Detailvorschriften enthält. Sie postuliert deshalb eine Straffung, um so die Flexibilität der GGF zu verstärken.

Verschiedene der Detailfragen können nach Auffassung der Partei besser in den Statuten der GGF geregelt werden. Damit muss bei sich aufdrängenden Anpassungen an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse oder an die technische Entwicklung nicht jedesmal der Gesetzgeber bemüht werden. Sowohl Statuten wie auch Statutenänderung sind ohnehin durch die Landesregierung zu genehmigen.

Bedenken äussert die FDP zum System der teilweisen Kontingentversteigerung, da dieses unerwünschte Konzentrationseffekte haben könnte, die sich negativ auf die sichere Versorgung mit Getreide und Futtermitteln in Zeiten gestörter Marktlagen auswirken könnten. Eine tendenziell monopolistische Konzentration der Futtermitteleinfuhr auf einige wenige Importeure ist nach Ansicht der Partei weder in volkswirtschaftlichem Interesse noch in jenem einer gesicherten Landesversorgung. Sie erwartet deshalb, dass im Versteigerungssystem entsprechende Sicherungen gegen diese Konzentrationsgefahr eingebaut werden, und postuliert ein auf Leistungskriterien beruhendes Kontingentszuteilungssystem, das eine Konzentration auf einige wenige Grossimporteure weitgehend ausschliesst. Im weiteren würde es die Partei begrüssen, wenn den Ueberlegungen der Kartellkommission in deren Bericht über «Die Kontingentierung der Futtermitteleinfuhr» vermehrt Rechnung getragen werden könnte.

Schaffhauser Freisinnige werden eine Kantonalpartei

Seit Neujahr gibt es im ganzen Kanton Schaffhausen eine Partei, die den Titel Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Schaffhausen trägt. Bisher gab es die Freisinnigen formell nur in den Städten Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall und Stein am Rhein und neuerdings im Grenzort Ramsen. Natürlich hatten die «städtischen» Freisinnigen «Anverwandte» auf der Landschaft, in den beiden grossen Landbezirken Klettgau und Reiat. Aber diese hiessen sich dort «Demokraten» — es gab eine «Demokratische Partei Klettgau» und eine «Demokratische Partei Reiat», deren Abgesandte im Kantonalparlament aber sozusagen automatisch in der freisinnigen Fraktion des Grossen Rates mitarbeiteten.

Die Scheu vor dem Odium einer «städtischen» Partei ist jetzt aber von den Landparteien gewichen — sie nennen sich jetzt auch Freisinnig-Demokraten. Diese Entwicklung wurde von der Stadt aus schon lange angestrebt und fand vor allem in neuen freisinnigen Grossratspräsidenten, dem Beringer Industriellen Max Bircher, einen aktiven Förderer, dessen Bezirkspartei in den letzten Jahren Ortssektionen gründete in Dörfern, die bisher als Domäne der SVP galten.

Abgesehen von der politischen Aussage der Uebernahme des «Freisinns» in den Namen der Landparteien entspricht diese natürlich auch Wandlungen in der Bevölkerungsstruktur der Landschaft. Dorthin sind in dem kleinen Kanton, begünstigt durch die Motorisierung, seit vielen Jahren Beschäftigte aus dem städtischen Zentrum, Angestellte und auch Kaderpersonal der Grossindustrien, gezogen. Die Industrie selber ist bis Beringen, am Eingang zum Klettgau, mit grösseren Fabrikanlagen vorgedrungen; das Dorf ist ein habliches Industrie-«Dorf» geworden wie übrigens Thayngen, die Metropole des Reiat, das ein solches schon lange ist. Diese Entwicklung, der eine Abnahme der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung parallel lief, brachte es mit sich, dass einzelne (nicht alle) Dörfer der SVP als «Domäne» entglitten sind: die Freisinnigen können sich, nach der Mitgliedschaft auf der Landschaft, heute mit Fug und Recht als eine Kantonalpartei betrachten. *E. W.*

Vor der Frühjahrssession: Vorschau auf bedeutsame Geschäfte

Nationalrat	Ständerat
Pendenzen im Prioritätsrat	
Umweltschutzgesetz	Energieartikel
Pa. Iv. Arbeitnehmerschutz	Kartellgesetz. Revision
Wust (Energiebesteurung	Radio- und Fernsehartikel
Pa. Iv. BV. Unternehmensrecht	Bund-Kantone. Aufgabenteilung
Krankenversicherung. Teilrevision	
Futtermittelimporte VI	
Grundstückerwerb der Ausländer. VI	
Pa. Iv. Stellenplafonierung. BG	
Pendenzen im Zweitrat	
ZGB. Ehewirkungen	Arbeitslosenversicherung
Verrechnungssteuergesetz	Pa. Iv. Schweizer Bürger-Recht
Behandlung im Zweitrat	
Kernenergiehaftpflichtgesetz	Konsumkreditgesetz
	Eisenbahngesetz
	Missbräuche im Mietwesen
	Verhinderung missbräuchlicher Preise. VI
	Waffen-, Schiess- und Uebungsplätze. Stand und Planung
Differenzen	
Berufliche Vorsorge	BV. Schwerverkehrssteuer
SBB. Leistungsauftrag	
Pa. Iv. Schwangerschaftsabbruch	
Neue Geschäfte	
Forschungsgesetz	Landwirtschaftliche Pacht. BG
Genossenschaft für Getreide und Futtermittel. BG	Zentrale für Handelsförderung. Bundesbeitrag

Pa. Iv. = Parlamentarische Initiative, BV = Bundesverfassung, BG = Bundesgesetz, VI = Volksinitiative

Eine Aussprache im FDP-Presseverband

Bei allen Fragen auch an die Jungen denken

Jugendpolitik soll für und mit der Jugend von heute getrieben werden. Aber die Vertreter aller Lebensalter müssen gleichzeitig schon an die Generationen denken, die hinter der gegenwärtigen Jugend heranwachsen. In welcher Verfassung soll ihnen das Land übergeben werden? Das war nur einer unter zahlreichen Gedanken, welche vor kurzem an einer Aussprache des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbands in Bern laut wurden.

Die Diskussion fand unabhängig von den Entschlüssen statt, welche die Spezialkommission der Landespartei und später die Geschäftsleitung zum Problem «Jugend und Behörden der Gegenwart» fassen werden. Der Aussprache, die durch ein Referat von Stadtrat Guy Olivier Segond, Präsident der Eidgenössischen Jugendkommission, eingeleitet und von Verbandspräsident Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor des «Landboten», Winterthur, geleitet wurde, folgte auch Bundespräsident Dr. Fritz Honegger.

«Döschwo» statt Mercedes

Segond unterstrich, dass die Jugendkommission nicht Repräsentant des Bundesrates ist, sondern Vertreter der Jugend gegenüber den Behörden. Die «Thesen 80» der Kommission seien kein Zustandsbericht über die Situation der Jugend gewesen, sondern ein erklärender Bericht, der über Ursachen und Hintergründe der Unruhen orientieren wollte. Segond gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass nun gemeinsam Lösungen angestrebt werden, die möglichst rasch und einfach realisiert werden, ohne dabei langwierige institutionelle Wege zu beschreiten. Er rief dabei — einen Vergleich ziehend — nach mehreren 2-CV statt nach einem Mercedes.

Denkanstösse oder pauschale Verallgemeinerungen?

Der Präsident der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS), Rolf Iseli, forderte eine Politik der Jungen für die Jungen. Für ihn sind die Jugendunruhen keine verspätete Nachfolgung der 68er Bewegung in der Schweiz, sondern ein Vorläufer ähnlicher Aktionen im Ausland. Er sieht in den beiden Berichten der Eidgenössischen Jugendkommission wertvolle Denkanstösse, wobei er die darin geäusserte Meinung nicht vollumfänglich zu teilen vermag.

Ablehnender gegenüber diesen beiden Rapporten — insbesondere dem ersten — äusserte sich der Präsident des Jugendausschusses der FDP der Schweiz, Armin Seger. Er bemängelte, dass nicht hervorgeht, wo die Kommission ihre eigene Meinung äussert und wo jene der Bewegung zum Ausdruck kommt. Das Bild der Gesellschaft sei zu verallgemeinert und komme über pauschale Urteile nicht hinaus. Er kündigte an, dass der FDP-Jugendausschuss freisinnige Vorstellungen für die Jugendpolitik ausarbeite. Bezug auf frühere, ähnliche Entwicklungen nahm Hugo Zingg, Redaktor der «Zürichsee-Zeitung». Die jüngsten Ereignisse sind für ihn auch die Folgen der Entwicklung zum Massenwohlfahrtsstaat.

Ungeduld verfängt nicht

Das Denken an übermorgen setzt der Jugendpolitik Grenzen. Andere Schranken folgen aus der Verantwortung von jung und alt für den demokratischen Rechtsstaat. Grobe Rechtsverstösse und Gewaltanwendung passen gleich schlecht in diesen Rahmen wie die systematische Absonderung in kleinen Gruppen ohne jede Beziehung zum Volksganzen. Aber auch Ungeduld kann der Demokratie gefährlich werden, wenn sie hysterische Formen annimmt. Die Demokratie ist nicht wegen ihrer Leistungsfähigkeit allen andern Staatsformen vorzuziehen, sondern weil eine jede Gewalt ihr klares Entscheidungsrecht besitzt und diese Befugnis überall ausüben darf. Eine solche Mitsprache aller braucht einfach ihre Zeit — auf Bundesebene selbst für die einfachste Vorlage mindestens zwei Jahre! Immerhin besitzen solche Fristen den Vorteil, dass sich alle Beteiligten, besonders die Jugend selbst, wiederholt fragen können, ob eine Forderung angemessen, eine Neuerung notwendig sei.

Nicht nur weil sie langsam arbeiten, sondern auch weil sie weniger direkt mit den Jungen und ihren Nöten in Berührung kommen, sollten die Bundesbehörden in diesem Bereich die Initiative den Kantonen und Gemeinden überlassen. In diesen Ebenen sind einfache, aber sofort wirksam werdende Vorkehren den grossen, schweren Organisationen vorzuziehen. Die Massnahmen sollten nicht als Reaktion auf Begehren aus der Jugend wirken, sondern aus dem Gespräch mit ihr gemeinsam entwickelt werden. Ein solcher Meinungsaustausch ohne Prestige- oder Parteirücksichten ist heute bei uns noch selten, so oft im übrigen nach dem «Dialog» gerufen wird. Hier liegt ein Kern all der Einzelnöte und Sonderprobleme — in der unzureichenden Bereitschaft und Fähigkeit aller Beteiligten, aufeinander zu hören und einzugehen. Sonst wäre die Einsicht schon weit stärker verbreitet, dass es heute weniger auf einzelne Neuerungen im Interesse der Jungen ankommt, als dass die Gesamtheit der sachlich notwendigen Anordnungen in Staat und Wirtschaft systematisch nach ihren Rückwirkungen auf die kommenden Generationen untersucht und entsprechend modifiziert werden.

Gesucht — das Spontane

Die Anwendung dieses Kriteriums wird etwa zeigen, dass ein Zuviel an staatlichen Leistungen zugunsten der Jugend (zusammen mit den notwendigen Vorschriften und Kontrollen) kontraproduktiv wirkt, weil die Jugend heute besonders am Spontanen, Ursprünglichen, Lebendigen hängt. Aber sie könnte auch beweisen, dass die Anliegen einzelner Jugendgruppen «unter der Gürtellinie» liegen und deshalb nicht einmal von der Mehrheit der Jungen geteilt werden die gleich gewissenhaft und tüchtig zu werden verspricht wie die übrigen Schweizer. Oder sie führt uns vor Augen, dass die von manchen Jugendgruppen plakatierten Begehren genau jene Einsamkeit begünstigen, unter der ein bedeutender Teil der kommenden Generation leidet.

Aber an der Aussprache unter den Presseleuten ergab sich auch die Fragwürdigkeit einzelner Klagepunkte der Jungen. Wohlstandsgesellschaft — das heisst etwa: keine Jugendarbeitslosigkeit, aber auch Steuerleistungen, aus denen ein hochstehendes Niveau der Hochschulen und der Berufsbildung finanziert, Beiträge an das kulturelle Schaffen oder an neue Jugendzentren geleistet werden können. Landschaftszerstörung mit Autobahnen: Zahlreiche Ortschaften wurden für jung und alt erst wieder lebens- und liebenswert, seit sie von Nationalstrassen umfahren werden.

Erfolgreiche Studientagung

Was kann die FDP mehr für die Angestellten tun?

Das Gewicht der Angestellten in Wirtschaft und Staat nimmt ständig zu, doch ihre Stellung bleibt entsprechend ihrer breiten Fächerung in den betrieblichen Funktionen und in der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben schwer einzuordnen. Sie werden vielfach als eine Bevölkerungsgruppe gewertet, die konstruktiv an der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft mithilft und eine positive Einstellung zum demokratischen Rechtsstaat zeigt — aber gleichzeitig tritt sie nicht geschlossen als politische Kraft auf, was ihr unverdientermassen Benachteiligungen beschert.

«Was kann die FDP mehr für die Angestellten tun?» Diese Frage stand im Zentrum einer Studientagung über Angestelltenfragen, zu der die FDP der Schweiz eingeladen hatte. Die FDP setzt sich zu rund 80 Prozent aus Angestellten zusammen, doch scheint das richtige Verständnis für Angestelltenfragen vielerorts noch zu fehlen. Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger betonte zur Eröffnung der Tagung, bereits früher seien die Kantonalparteien aufgefordert worden, sich vermehrt um die Belange der Angestellten zu kümmern. Aber ein neuer Anstoss scheint doch aus Bern kommen zu müssen. Eine Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung Sozialpartnerschaft unter dem Vorsitz von Nationalrätin Elisabeth Kopp wurde geschaffen, die sich um die Konkretisierung der in den «Zielsetzungen 79/83» aufgeführten Postulate bemüht und nun als Impuls für die Parteiarbeit diese Studientagung organisiert hat.

Zur Formulierung der spezifischen Angestelltenfragen konnten kompetente Referenten gewonnen werden: Alfred Hubschmid, Generalsekretär des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes, charakterisierte die vielfältigen Merkmale der Angestelltenschaft; Nationalrat Heinz Allenspach, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisatiotionen, setzte sich mit der Rolle der Angestellten in unserer von der Idee der Sozialpartnerschaft geprägten Marktwirtschaft auseinander; Nationalrat Dr. Paul Wyss, Direktor der Basler Handelskammer, stellte die Vorschläge der FDP zu Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitbeteiligung dar; Hans-Rudolf Enggist, Zentralpräsident des Schweizerischen Verbandes technischer Betriebskader, umriss die Stellung und die Probleme der Kader; Ständerat Dr. Hans Letsch schilderte die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen an die soziale Marktwirtschaft und Alice Moneda zeigte die durch die Einführung von Mikroprozessoren sich abzeichnende Entwicklung auf.

Benachteiligter mittlerer unselbständiger Mittelstand

Leistungsbereitschaft und Individualität, weitgehende Ablehnung kollektiver Schutzmassnahmen verhindern eine starke Verbandspolitik, die anders als Gewerkschaften nicht mit extremen Forderungen aufwarten kann. Der mittlere unselbständige Mittelstand hat dadurch aber Nachteile in Kauf zu nehmen: Bei Reallohnerhöhungen rangiert er oft an letzter Stelle, degressiver Teuerungsausgleich und kalte Progression bei der Besteuerung führen zu einer Nivellierung, die noch verstärkt wird durch Leistungsbeschränkungen bei Sozialversicherungen. Die stark diffe-

Fortsetzung auf Seite 4

FDP-Parteitag 1982 in Frenkendorf BL

Parteitag und ordentliche Delegiertenversammlung 1982 der FDP der Schweiz finden am 30. April und am 1. Mai in Frenkendorf BL statt.

Lieber Leser

Auf ein überaus positives Echo ist die Ankündigung einer FDP-Reise in die USA gestossen. Einige wenige Plätze stehen noch zur Verfügung; Interessenten sind gebeten, sich raschmöglichst mit dem Generalsekretariat der Partei (Telefon [031] 22 34 38) in Verbindung zu setzen.

Ebenso positiv war auch die Reaktion auf die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP, die dem Thema «Frieden in Europa — Illusion und Wirklichkeit» gewidmet ist. Prominente und kompetente Persönlichkeiten konnten gewonnen werden, die mit ihren Referaten die Grundlage für die Arbeit in Gruppen liefern sollen. Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung sind traditionsgemäss alle Parteimitglieder eingeladen. Das Programm finden Sie auf Seite 8.

Bereits wurden die Vorarbeiten für den am 30. April/1. Mai stattfindenden Parteitag getroffen. Gemäss Beschluss der Geschäftsleitung findet dieser im Kanton Baselland statt. Als Tagungsort wurde aus organisatorischen und technischen Gründen das wenige Autominuten von Liestal entfernte Frenkendorf von der basellandschaftlichen Partei auserwählt.

Als quantitativ nicht sonderlich schwergewichtig ist das Jahr 1982 aus abstimmungspolitischem Blickwinkel auf eidgenössischer Ebene zu bezeichnen. Dies gilt allerdings nicht für die Qualität der Vorlagen, da zahlreiche schwergewichtige Geschäfte zum Entscheid anstehen.

Auf eidgenössischer Ebene wird der übliche Frühjahrstermin nicht beansprucht, da keine abstimmungsreifen Entscheide anhängig sind. Im Juni werden die Stimmberechtigten über das neue Ausländergesetz zu befinden haben. Ob am gleichen Abstimmungswochenende auch über die Revision des Strafgesetzbuches (Gewaltverbrechen) entschieden wird, ist von der Landesregierung noch nicht bestimmt worden.

Während erstere Vorlage kaum auf grössere Gegnerschaft innerhalb der Partei stossen wird, obwohl die Begeisterung über dieses Gesetz insbesondere in gewerblichen Kreisen als mässig bis ablehnend zu bezeichnen ist, dürfte letztere mehr Opposition auslösen. Die zuständigen Parteiinstanzen werden voraussichtlich am Parteitag in Frenkendorf ihre Parolenanträge beschliessen. — Beide Vorlagen werden in den nächsten Ausgaben des «Freisinn» erläutert und kontradiktorisch behandelt.

Hans Rudolf Leuenberger

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat:
Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat:
Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.

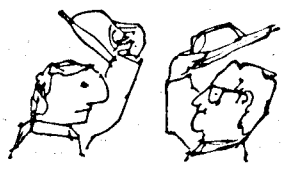
SBG Schweizerische Bankgesellschaft

Wir kaufen und verkaufen erlesene Goldmünzen.

Es gibt in der Schweiz nur ganz wenige Goldmünzenexperten. Einer von ihnen sitzt bei uns.

J. VONTOBEL & CO.
Bankiers
Zürichs grösste Privatbank.

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 · 488 71 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306



Liberale Leute

Ihren «Mann» stellen Freisinnige nicht nur auf dem politischen Parkett, sondern auch auf der Skipiste. Beim traditionellen britisch-schweizerischen Skirennen in Davos belegten hinter dem als Profi zu bezeichnenden früheren Skiverbandsdirektor SVP-Nationalrat Adolf Ogi und einem Mitglied des britischen Unterhauses die freisinnigen Volksvertreter Manfred Aregger *(LU) und* Burkhard Vetsch *(SG) die folgenden Plätze.*

* * *

Am 14. Januar konnte der Generalsekretär der FDP der Schweiz, Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, *seinen sechzigsten Geburtstag feiern.*

* * *

Viel Sympathie holte sich bereits in den ersten Wochen seines Amtes als Bundespräsident für das laufende Jahr Bundesrat Dr. Fritz Honegger. *Auf unserem Bild zusammen mit dem Vizepräsidenten für 1982, Bundesrat* Pierre Aubert. *(Photo Rieben)*

Fortsetzung von Seite 3

renzierte Gliederung der Angestelltenschaft macht es den Verbänden schwer, sich konkret für politische Postulate einzusetzen. Obwohl in gewissen Bereichen, beispielsweise beim Konsumentenschutz, eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften besteht, gehen einige von diesen auf Konfrontationskurs und versuchen, den Angestelltenverbänden Mitglieder abzuwerben.

Mit der vermehrten Berücksichtigung von Angestelltenfragen sollten diese Versuche gestoppt werden können, wobei sich jedoch als politisches Hindernis erweist, dass die Angestelltenverbände parteipolitisch unabhängig sind, was von ihnen wie auch von Arbeitgeberseite aus anderen Gründen aber befürwortet wird. Ein weiteres Problem stellen die Angestellten in öffentlichen Diensten dar, die nicht in der Dachorganisation der Angestellten vertreten sind, zum grossen Teil jedoch bürgerliche Werte vertreten.

Im Rahmen der Sozialpartnerschaft

An der Studientagung kam deutlich zum Ausdruck, dass die Anliegen der Angestellten in erster Linie im Rahmen der Sozialpartnerschaft berücksichtigt werden sollen. Nur wo dies nicht möglich ist, sollen gesetzliche Regelungen angestrebt werden. Hier setze die Hilfe der FDP ein, die sich ausserdem um direkte Kontakte zwischen Arbeitgebern und Angestellten bemühen werde.

In der Frage der Mitwirkung hat die Partei schon mehrmals Vorstösse unternommen; die konkreten Aufgaben, die sie für die Angestellten lösen kann, sind durch die umfangreichen Vorarbeiten vorgezeichnet. Auch in anderen Fragen hat sich die Partei immer wieder Angestelltenfragen angenommen, doch war an der Tagung Kritik zu hören, zu viel sei «Papier» geblieben, in der Tagespolitik kämen die Angestellten zu kurz. So fanden sich viele Forderungen in den «Zielsetzungen 79/83» vorweggenommen, aber kaum realisiert. Ein Dauertraktandum könnte die Frage sein, wie der grosse Anteil der Angestellten an den Parteimitgliedern sich besser in den Parteigremien und im Parlament repräsentieren liesse.

Das zweitägige Seminar in Bern, welches von Nationalrätin Kopp geleitet wurde, brachte viele Anregungen hervor. Sie sollen nun die Arbeit in den Kantonalparteien aktivieren. Nach Bedarf sollen weitere Tagungen zur Intensivierung der Beschäftigung mit Angestelltenfragen veranstaltet werden. Wenn sich die Zielsetzungen einer Angestelltenpolitik auf diese Weise verdichtet haben, soll in absehbarer Zeit eine Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz sich mit den aufgeworfenen Problemen beschäftigen, um so der politischen Bedeutung der Angestellten zu dem ihr zukommenden Gewicht zu verhelfen.

Fortsetzung von Seite 1

punkt an die Frage heran, so steht eine Feststellung dominierend im Vordergrund: Die Uno ist universal geworden. Sie hat sich seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer weltumfassenden Staatengemeinschaft entwickelt. Ursprünglich eine Schöpfung der Sieger im Krieg, zählte sie vorerst lediglich 51 Staaten. Sie hat sich indessen rasch den am Krieg Nichtbeteiligten geöffnet und mit der Zeit auch den ehemaligen Kriegsgegnern. Sie umfasst heute 151 Staaten und ist damit offensichtlich ein völlig anders strukturiertes Gebilde als vor 30 Jahren.

Weil sie universal geworden ist, bildet sie ein einmaliges Forum internationaler Kontakte. Sie ist das einzige Forum dieser Art, und ihre Bedeutung wird noch dadurch unterstrichen, dass die meisten Länder dort sehr qualifizierte Delegationen unterhalten. Sie ist aber nicht nur von der Mitgliedschaft her universal; sie ist es auch in der Sache. Sie befasst sich mit allen internationalen Angelegenheiten, mit Fragen des Welthandels beispielsweise, der Energie und der Rohstoffe, mit politischen, kulturellen und humanitären Problemen, mit der Entwicklung des Völkerrechtes, mit der Benützung der Meere und des Raumes und so weiter.

Die Uno geht uns etwas an!

Wir sind in erheblichem Ausmass von dieser Tätigkeit Betroffene. Viele dieser Probleme gehen uns nämlich sehr unmittelbar an. Das gilt in ganz besonderem Masse für alle weltwirtschaftlichen Belange und für die Weiterentwicklung des Völkerrechtes. Gerade ein Staat, der wie die Schweiz zwar weltweite Interessen hat, aber niemals in der Lage ist, den Gang der Dinge durch eigene Machtmittel zu beeinflussen, ist am Ausbau des Völkerrechtes brennend interessiert. Aehnliches gilt für die Entwicklung des humanitären Rechtes. Es ist heute wenig aussichtsreich geworden, ausserhalb der Uno mit irgendwelchen Initiativen auf diesem Gebiet international jene Unterstützung zu finden, die für die Umwandlung von blossen Absichten in Realitäten unerlässlich ist.

Konfrontiert man unsere eigene Situation in der Staatenwelt mit diesen Fakten, so ist zunächst in Betracht zu ziehen, dass die Schweiz ein ausserordentlich intensiv mit aller Welt verflochtenes Land ist. Wir importieren viele Nahrungsmittel, den grösseren Teil der Energie und fast alle Rohstoffe aus aller Welt, und wir sind darauf angewiesen, die Erzeugnisse unserer Industrie in eben diese alle Welt zu exportieren. Wir stellen darüber hinaus weltweit Dienstleistungen zur Verfügung, vor allem im Bank- und Versicherungswesen sowie im Fremdenverkehr. Nicht viel weniger als die Hälfte unseres Bruttosozialproduktes hat mit solchen Exportgeschäften zu tun.

Stecken wir also wirtschaftlich tief in den Weltzusammenhängen drin, so sind wir natürlich auch politisch an diesem Gefüge interessiert. Politische Erschütterungen auch nur lokaler Art haben die fatale Tendenz, sich weltweit auszuwirken, weil sie stets von den grossen Spannungsfeldern, sei es dem Ost-West-Konflikt, sei es der Nord-Süd-Konfrontation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, überlagert sind. Es gibt auf dieser Welt das stille Glück im Winkel nicht mehr. Der immer wieder zitierte Spruch von den fremden Händeln, in die wir uns nicht mischen sollten, passt schlecht zur heutigen Realität und trägt den Geruch des Musealen an sich. Die Burgunderkriege sind seit 500 Jahren vorbei. Es widerspricht daher dem Gesichtspunkt der Interessenwahrung wie auch demjenigen der Mitverantwortung, abseits zu bleiben.

Gefahr der Isolierung

Die Universalität der Uno auf der einen, die lebenswichtige Weltverflochtenheit unseres Landes auf der anderen Seite sprechen also deutlich für einen Beitritt. Das gilt um so mehr, als das Gegenstück zur Universalität die Isolierung ist. Wer nicht anwesend ist, wird vergessen! Mehr noch, unser Fernbleiben wird international je länger, desto weniger als ein Ueber-der-Sache-Stehen verstanden, sondern vielmehr auf mangelndes Interesse, Gleichgültigkeit, ja Ueberheblichkeit zurückgeführt. Die Schweiz ist der einzige Staat von Bedeutung, der sich freiwillig abseits hält.

Bei allen Vorbehalten gegenüber der Uno muss man überdies objektiverweise auch zahlreiche positive Leistungen anerkennen, im Bereiche des Welthandels und der Entwicklungspolitik, bei der Fortentwicklung des Völkerrechtes und der Menschenrechte, hinsichtlich kultureller Beziehungen und friedenserhaltender Aktionen und nicht zuletzt als institutionalisiertes, weltweites Diskussionsforum.

So komme ich denn zum Schluss, dass der Beitritt zur Uno auf der Linie unserer Aussenpolitik liegt. Er entspricht der eigenen Interessenwahrung und dem Postulat der Mitverantwortung. Dabei glorifiziere ich die Uno in keiner Weise. Sie ist ein höchst unvollständiges Instrument und funktioniert, an Idealvorstellungen gemessen, ausgesprochen mangelhaft. Aber unvollständige Instrumente sind allemal noch besser als gar keine.

Referendumsvorlage

Dem Referendum untersteht gegenwärtig einzig der

- Bundesbeschluss betreffend das Europäische Uebereinkommen über Staatenimmunität und das Zusatzprotokoll zu diesem Uebereinkommen.

Die Referendumsfrist läuft am 29. März ab.

Bundespolitische Entscheide und Regionalpolitik

FDP konstituiert Arbeitsgruppe für Regionalpolitik

Die Ueberprüfung der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen bundespolitischer Entscheidungen und der staatlichen Regiebetriebe sowie des regionalpolitischen Instrumentariums des Bundes hat sich die neugegründete «Arbeitsgruppe Regionalpolitik» der FDP zur Aufgabe gesetzt. Das Gremium, das unter dem Vorsitz von Nationalrat Franz Steinegger (Flüelen) steht, liess sich an seiner konstituierenden Sitzung durch Simon Huber, Chef der Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung im Biga, über die Probleme des heutigen regionalpolitischen Instrumentariums des Bundes orientieren. Es kam zum Schluss, dass Regionalpolitik künftig vermehrt auch als «Querschnittsaufgabe» zu betrachten ist und die vielfältigen regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Bundespolitik stärker bewusst werden müssen. Die Arbeitsgruppe will deshalb künftig Vorlagen und Entscheide auf Bundesebene auf ihre regionalpolitischen Aspekte und Auswirkungen unter die Lupe nehmen.

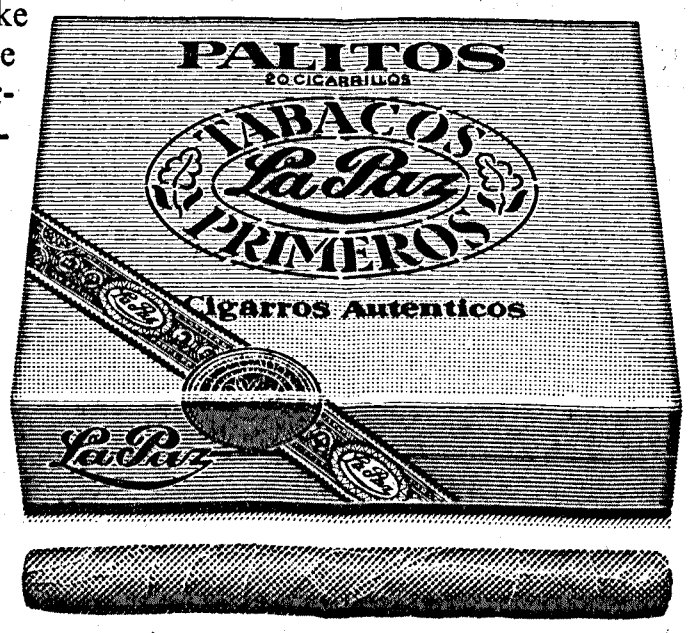
Einfach gut.

Cigarillos, die aufrichtig ihr natürliches Äusseres zeigen, gibt's von La Paz. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen Mélange der La Paz-Cigarren. Mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug. Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt.

Es ist eine Kunst, gute Tabake zu erkennen und daraus gehaltvolle Cigarillos zu machen. Es ist ein Vergnügen, solche Cigarillos zu geniessen. Es ist schön, dass es Cigarillos von La Paz gibt.

Cigarillos Palitos für jede Tageszeit und für alle, die das Einfache und Ehrliche mögen.

Cigarros Autenticos.



20 Stück Fr. 5.–

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Schweizer Tourismus
zwischen Boom und Selbstzerstörung

Vom Ferienland zum Disneyland?

Der Schweizer Tourismus läuft trotz rezessiven Tendenzen in der Weltwirtschaft nach wie vor auf vollen Touren. Doch der Boom hat auch seine Kehrseiten: Immer mehr wird man sich bewusst, dass der Rohstoff des Tourismus — Natur und Landschaft — durch «Uebernutzung» gefährdet ist. Läuft der schweizerische Fremdenverkehr Gefahr, sich selbst zu zerstören? Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) befasst sich intensiv mit dem Phänomen und dem Problem des Tourismus in der Schweiz. Am letzten Parteitag organisierte sie ein Gespräch mit verschiedenen Exponenten, das René Frech zusammenfasst:

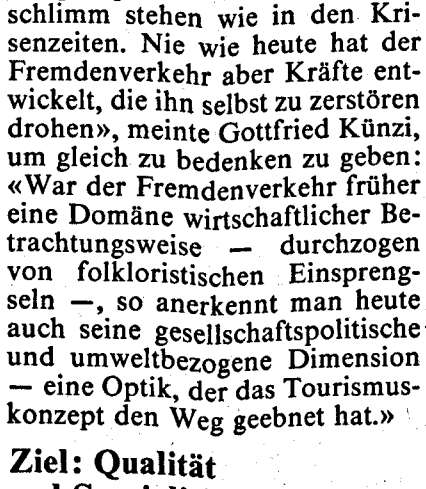
Schweizer Hoteliers und Bergbahndirektoren fühlen sich wie im Schlaraffenland: Ihnen fliegen die Gäste wie «gebratene Tauben» ins Haus und in die Seilbahngondeln. Der Schweizer Tourismus erlebt gegenwärtig wiederum eine Rekordsaison. Nach den rekordartigen Ergebnissen vom Winter 1980/81 und der ebenso ausgezeichneten Sommersaison 1981 verläuft auch die gegenwärtige Wintersaison vollkommen nach den Wünschen der Touristik-Manager, Hoteliers und Bergbahnleiter. Und es ist nicht zu verkennen, dass in der Branche eine gewisse Euphorie — nach Jahren sinkender Ertragsmargen, rückläufiger Frequenzen und einer Politik des Preisstopps — um sich greift, die jedoch von kurzer Dauer sein könnte.

Wachstum um jeden Preis?

Immer häufiger werden selbst in Fremdenverkehrskreisen Stimmen laut, die vor einem weiteren Wachstumsdenken im Schweizer Tourismus warnen, die den Mahnfinger erheben ob dem nach wie vor um sich greifenden Raubbau an Landschaft und Natur, den natürlichen Reichtumsquellen der helvetischen Fremdenverkehrswirtschaft. Da ist es nur verständlich, dass eine verantwortungsbewusste Landespartei wie die FDP der Schweiz ihre Aufmerksamkeit den Problemen des Tourismus widmet.

Hellmuth Scherrer: *«„Cercle vicieux" brechen.»*

Seit einigen Jahren ist ein aktiver Ausschuss für Tourismus der schweizerischen FDP unter dem Vorsitz von Marco Solari, Präsident des Verbandes schweizerischer Kur- und Verkehrsdirektoren, am Werk, der touristische Fragen und Erscheinungen aus dem Blickwinkel liberaler Gesinnung beobachtet und beurteilt. Und anlässlich der letzten ordentlichen Delegiertenversammlung widmete die FDP der Schweiz einen Teil ihrer Tagung den «Möglichkeiten und Grenzen des Schweizer Tourismus».



Gottfried F. Künzi: *«Der Tourismus ist heute eine Problembranche.»*

Uebernutzung natürlicher touristischer Ressourcen

Was da unter der Leitung von Gottfried F. Künzi, Chefredaktor der «Hotel-Revue», von prominenten Politikern und Persönlichkeiten aus dem Tourismus im Rahmen eines Podiumsgesprächs zum Ausdruck gebracht wurde, verdient im Lichte der jüngsten Entwicklung im Schweizer Tourismus festgehalten und hervorgehoben zu werden.

«Der Tourismus ist heute eine Problembranche, auch wenn die Dinge prima vista nicht so schlimm stehen wie in den Krisenzeiten. Nie wie heute hat der Fremdenverkehr aber Kräfte entwickelt, die ihn selbst zu zerstören drohen», meinte Gottfried Künzi, um gleich zu bedenken zu geben: «War der Fremdenverkehr früher eine Domäne wirtschaftlicher Betrachtungsweise — durchzogen von folkloristischen Einsprengseln —, so anerkennt man heute auch seine gesellschaftspolitische und umweltbezogene Dimension — eine Optik, der das Tourismuskonzept den Weg geebnet hat.»

Ziel: Qualität und Spezialisierung

Tatsächlich erweist sich die Uebernutzung der natürlichen touristischen Ressourcen in der Schweiz immer mehr als die eigentliche Schicksalsfrage des helvetischen Fremdenverkehrs. Dessen sind sich immer mehr auch seine Exponenten bewusst. Swissair-Generaldirektor Hellmuth Scherrer: «Der zivilisationsgeplagte und von einer Vielzahl touristischer Destinationen umworbene ausländische Gast erwartet heute mehr denn je, in der Schweiz das vielgepriesene Naturrefugium zu finden. Groteskerweise sind es vielfach gewisse Exponenten unserer Fremdenverkehrswirtschaft, die sich darauf kaprizieren, dieses Refugium nach und nach zu zerstören. Wir müssten einmal den Mut finden, jenen „cercle vicieux" zu brechen, der darin besteht, einem überzähligen Bettenangebot mit neuen Seil- und Gondelbahnen zu begegnen und dann im Handkehrum wieder nach zusätzlicher Beherbergungskapazität zu rufen, weil die Bergbahnen schlecht ausgenützt sind. Wir haben heute die Wahl, zu einem „alpinen Disneyland" zu werden oder unseren Nachfahren — und unseren kommenden Gästen — eine unversehrte Schweiz zu überlassen. Meine langjährige Erfahrung zeigt mir, dass ein kleines Land wie die Schweiz im wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen nur mit der Qualität und der Spezialisierung ihrer Produkte und Dienstleistungen bestehen kann.

Claude Kaspar: *«Qualitatives statt quantitatives Wachstum fördern»*

Qualität im Tourismus ist nicht denkbar ohne ein waches Umweltbewusstsein.»

Sättigungsgrenzen . . .

Prof. Dr. Claude Kaspar, der Direktor des Instituts für Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft der Hochschule St. Gallen, unterstreicht dies, wenn er feststellt: «Die zunehmende Nachfrage nach Erholung stösst bereits in gewissen Regionen und zu gewissen Zeiten (Feiertage, Ferienzeit) an Sättigungsgrenzen. Wachsende Spannungen zwischen den Touristen und der einheimischen Bevölkerung, aber auch zwischen Touristen und dem im Fremdenverkehr tätigen Personal sind die Folge.»

Ueber die Rezepte zur Remedur ist man sich zwar einig. Prof. Kaspar: «Nur ein qualitatives und nicht ein quantitatives Fremdenverkehrswachstum ist zu fördern. Dieser Vorstellung entgegengesetzt sind teilweise überalterte Strukturen (Hotelinfrastruktur), wachsende Personalkosten, schrumpfende Margen in der Hotellerie, ungenügende Zusammenarbeit auf allen touristischen Ebenen, nachteilige Kürzung des Werbebudgets, insbesondere des Bundesbeitrages an die Schweizerische Verkehrszentrale (SVZ).»

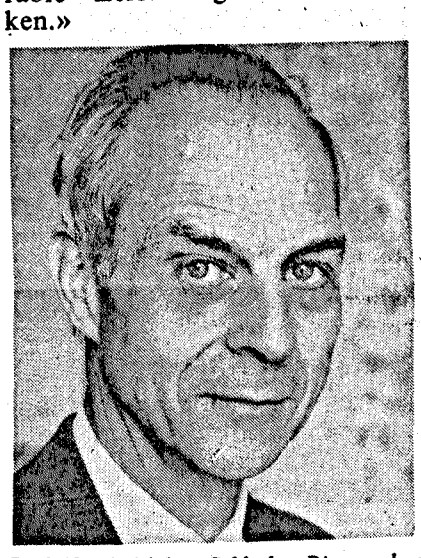
Die Präsidentin des World Wildlife Fund (WWF) Schweiz, Anne-Marie Petitpierre, fand ebenfalls recht kritische Worte zur Entwicklung des Tourismus und der um sich greifenden Raubbaumentalität gewisser Touristikpromotoren. Immerhin gab sie zu bedenken, dass die schweizerische Fremdenverkehrswirtschaft relativ ausländerabhängig ist und mit zahlreichen Imponderabilien zu leben hat, die ihr eine Selbstbeschränkung schwierig machen. Dazu kommen die wechselkurspolitischen, finanziellen und investitionspolitischen Probleme, denen sich insbesondere die Hotellerie, Rückgrat des Tourismus, gegenübersieht. Anne-Marie Petitpierre: «Der Schweizer Tourismus ist zur Qualität verurteilt.»

. . . und Uebertreibungen

Gerade um die Zukunft dieser Qualität besorgt ist auch Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich (Winterthur): «Schlechte Dinge gehen an ihren eigenen Fehlern zugrunde, gute an ihren Uebertreibungen. Tourismus ist zweifellos etwas Gutes; aber es zeichnen sich gewisse Uebertreibungen ab, die zu einer Gefahr werden, für den Tourismus selber wie auch in einem weiteren, staatspolitischen Sinn. Ich meine vor allem die zunehmende Ueberfremdung des Bodens in vielen touristischen Zentren durch Zweit- und Ferienwohnungen in ausländischem Besitz.»

Anne-Marie Petitpierre: *«Schweizer Tourismus zu Qualität verurteilt»*

Nationalrat Friedrich, der wesentlich zur Rettung der Silser Ebene im Oberengadin beigetragen hat — er ist Präsident der entsprechenden Stiftung, die eine zweckgerichtete öffentliche Geldsammlung in der Schweiz durchführte —, geht mit den Tourismusverantwortlichen und jenen, die vorgeben, touristische Interessen zu vertreten, recht hart ins Gericht, wenn er feststellt: «Vielerorts herrscht heute eine eigentliche Raubbaumentalität. Man lebt auf Kosten der Substanz, und es leuchtet doch wohl ein, dass der Prozess nicht unbeschränkt so weitergehen kann. Er kann nicht einmal weitere 20 Jahre so weitergehen, ohne ganz massive, irreparable Zerstörungen zu bewirken.»

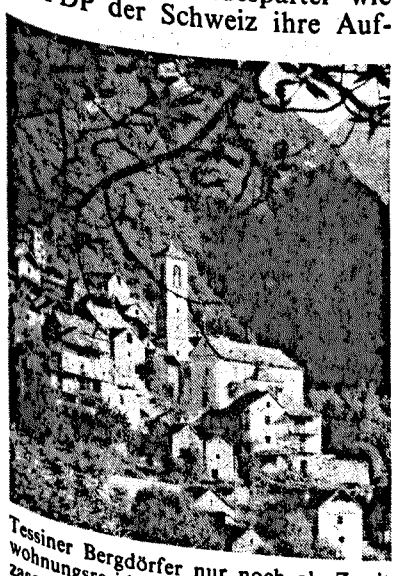


Rudolf Friedrich: *«Schlechte Dinge gehen an ihren eigenen Fehlern zugrunde, gute an ihren Uebertreibungen.»*

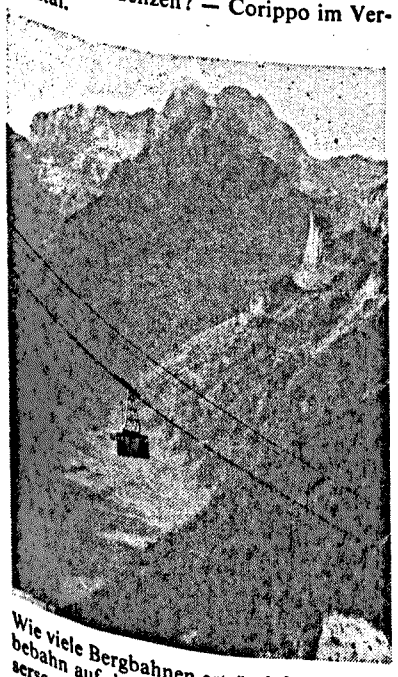
Tatsächlich bleibt es fraglich, ob mit der neuen «Lex Furgler» dem nach wie vor zunehmenden Verkauf von Grund und Boden sowie Immobilien an ausländische Erwerber Einhalt geboten werden kann. Jedenfalls hat sich die FDP der Schweiz zur Aufgabe gestellt, den neuen Gesetzesentwurf noch vor den parlamentarischen Beratungen auf breitester Basis unter die Lupe zu nehmen und in dieser zentralen Angelegenheit, die auch die Interessen des Tourismus betrifft, zuhanden der FDP-Fraktion der Bundesversammlung eine ausgereifte Stellungnahme zu erarbeiten.

Marco Solari, der Präsident des parteiinternen Ausschusses für Tourismus, hat da wohl den Nagel auf den Kopf getroffen, als er feststellte: «Immer mehr müssen Touristiker feststellen, dass heute weniger vielleicht mehr bedeutet.»

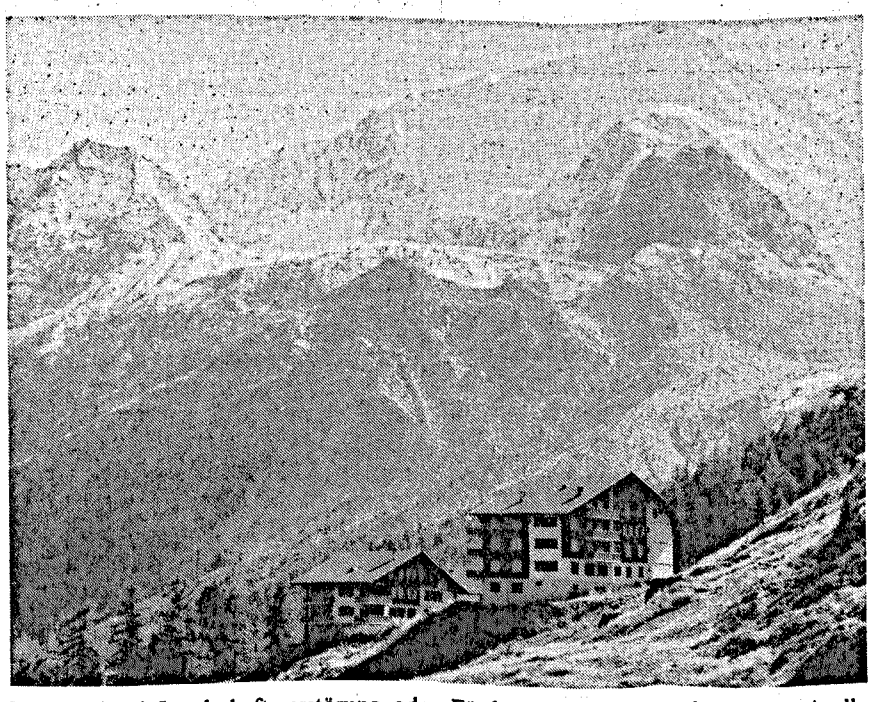
Marco Solari: *«Heute bedeutet weniger vielleicht mehr.»*



Tessiner Bergdörfer nur noch als Zweitwohnungsresidenzen? — Corippo im Verzascatal.



Wie viele Bergbahnen erträgt's? — Schwebebahn auf den Hohen Kasten mit Sämtisersee und Altmann.



Umwelt- und Landschaftszerstörung oder Förderung von Bergregionen? — Arolla, Bergsteigerzentrum im Wallis.

Folklore oder Edelkitsch? — Pferdeschlittenfahrt im Engadin. (Photos SVZ)

25 Jahre Freiheitliche Partei Oesterreichs (FPÖ)

Die Durststrecke der Opposition

Sie ist gezeichnet durch die Wechselfälle der Jahre: die Freiheitliche Partei Oesterreichs (FPÖ), die vor 25 Jahren gegründet wurde. Zu Beginn fanden sich in ihr viele Unzufriedene, davon auch Ex-Nazis, die der Partei über ihre Bedeutung hinaus den Stempel aufdrückten. Heute präsentiert sich die FPÖ, die auf internationaler Ebene, wie die FDP der Schweiz, Mitglied der Liberalen Internationalen ist, weit geschlossener, auch wenn ihr der Durchbruch immer noch nicht geglückt ist. Dr. Kurt Piringer, Redaktor der «Neuen Freien Zeitung», fasst die ersten 25 Jahre der FPÖ zusammen:

Jubiläen verleiten zu Glorifizierung und Schönfärberei. Beides hat die Freiheitliche Partei Oesterreichs nicht nötig. Ihr bisheriger, sehr beschwerlicher Lebensweg bietet zudem wenig Anhaltspunkte für ein Schwelgen in angenehmen Erinnerungen. Härtester politischer Existenzkampf gegen eine erdrückende gegnerische Uebermacht waren Hauptinhalt dieser 25 Jahre ihres Bestehens.

Mit imposanten Wählerzahlen hat die FPÖ nie aufwarten können: Als sie 1956 ihre erste Nationalratswahl schlug, errang sie sechs Mandate. Diese Zahl konnte 1959 auf acht erhöht werden, blieb 1962 unverändert und fiel dann 1966 abermals auf sechs Mandate zurück. Dabei blieb es auch 1970. Die Wahlrechtsreform teilte der FPÖ dann erst die ihrer Stimmenzahl entsprechenden Mandate zu: 1971 und 1975 waren es 10, bei der letzten Wahl im Jahr 1979 schliesslich 11. Die FP-Stimmenzahlen schwankten in diesen Jahren zwischen dem Maximum von 336 110 (1959) und dem Minimum von 242 570 (1966).

Stabiler Wählerstock

Trotz allen politischen Veränderungen erwies sich der freiheitliche Wählerstock als einigermassen stabil (von den 25 FPÖ-Jahren entfallen 10 auf die Zeit der grossen Koalition, vier bzw. elf auf die Ära der Alleinregierungen (zuerst der ÖVP, dann der SPÖ). Die weite Distanz von der Gründung bis heute musste, wenn man so will, auf der Durststrecke der Opposition zurückgelegt werden. Es wiegt daher doppelt schwer, dass das Wählerpotential nicht nur erhalten blieb, sondern bei der letzten Nationalratswahl wieder merklich aufgebessert werden konnte.

Neues Profil

Von vielen Seiten wurde der FPÖ nur im Zusammenhang mit der Bewältigung der Probleme der Nachkriegszeit eine Daseinsberechtigung zugebilligt. Mit der Nachkriegsgeneration würden demnach, folgt man dieser Argumentation, auch die FPÖ-Wähler aussterben: Nach 25 Jahren steht fest, dass das keineswegs der Fall ist. Denn ein Grossteil der heutigen FP-Wähler gehört ebenso wie die stark verjüngte Führungsmannschaft längst nicht mehr zum alten Wählerstock, der im Laufe der Zeit immer mehr zusammengeschmolzen ist. Die FPÖ von heute ist in ihrer Wählerschichtung mit der FPÖ der Anfangsjahre kaum noch zu vergleichen. Für die durchgreifend erneuerte Wählersubstanz mussten naturgemäss auch neue politische Inhalte erschlossen werden.

Trügerische Etikettierung

Sicher war in den Anfängen die nationale Komponente vorherrschend. Mit der einseitigen Etikettierung sollte man jedoch vorsichtig umgehen. Keineswegs war in der FPÖ das ganze «Parteigeschehen» von der unterschiedlichen Akzentuierung der Begriffe National und Liberal ausgefüllt. Die Partei musste sich in erster Linie in der täglichen politischen Auseinandersetzung bewähren. Die Denkansätze zu einem modernen Liberalismus wurden schrittweise entwickelt und fest in das freiheitliche Gedankengut eingebaut. Doch dieser Prozess schritt erst unter Friedrich Peter zielstrebig voran. Er war zudem nur Teil eines Entwicklungsvorganges, in dessen Verlauf die FPÖ erst allmählich zu ihrem heutigen Profil fand.

Geänderte Strategie

Neue Wege mussten auch in der politischen Strategie beschritten werden. In der Zeit der grossen Koalition ist es zuerst fast ausschliesslich um die bessere Nutzung bzw. um den Ausbau der demokratischen Einrichtungen gegangen. Nur so konnte sich die im politischen Abseits stehende Opposition neben dem Machtblock einer 95prozentigen Regierungsmehrheit einigermassen politischen Bewegungsraum verschaffen. Die Einführung der parlamentarischen Fragestunde und die Schaffung der Einrichtungen der direkten Demokratie (Volksbegehren, Volksabstimmung) waren daher wichtige Errungenschaften für die FPÖ. Aber nicht nur für sie: Die Demokratie wurde lebendiger, die Auflockerung der durch die jahrzehntelange Koalitionsherrschaft erstarrten politischen Fronten wurde durch die FPÖ tatkräftig vorangetrieben.

Mehr Selbstbewusstsein!

Dass sich dann Alleinregierungen als Alternative zur grossen Koalition entwickeln konnten, entsprach sicher nicht dem strategischen Konzept der Freiheitlichen. Zur Verhinderung absoluter Mehrheiten aber reichte ihr Wählerpotential bisher nicht aus. Trotzdem aber ist die FPÖ unter den geänderten politischen Voraussetzungen in die Rolle eines umworbenen Partners hineingewachsen. Mussten sich früher die Freiheitlichen um Kontakte zur ÖVP oder zur SPÖ bemühen, um aus ihrem langjährigen politischen Ghetto herauszukommen, ist es jetzt oft umgekehrt: In Kontakten mit der FPÖ sehen sowohl SPÖ als auch ÖVP eine Stärkung ihrer politischen Position und einen Trumpf, den sie im politischen Konkurrenzkampf, nicht immer zur Freude der FPÖ, gegeneinander ausspielen.

Der freiheitliche Beitrag

Nach 25 Jahren FPÖ ist sehr klar erkennbar, dass Österreichs politische Landschaft um vieles eintöniger und die politische Lebensqualität um vieles geringer wäre, gäbe es diese dritte Kraft nicht. Von den Anfängen der dritten Kraft, als sie angefeindet und verfemt war, bis zu diesen heutigen anerkennenden Worten des obersten Repräsentanten der Republik, musste ein weiter, beschwerlicher Weg zurückgelegt werden. Die FPÖ hat den ihr gebührenden Platz erkämpft und damit das Dreiparteiensystem gesichert.

In der Zeit der grossen Koalition war die dritte Partei bei der damals herrschenden Zweiparteiendiktatur der einzige demokratische Lichtblick. Jetzt, in der Zeit der Alleinregierungen, bietet nur das Dreiparteiensystem Gewähr, dass auch die Herrschaft absoluter Mehrheiten über kurz oder lang überwunden werden kann.

Stärkeres liberales Element

Die Stossrichtung freiheitlicher Politik gegen Parteibuchwirtschaft und Proporzunwesen hat sich für Österreich als ebenso notwendig wie segensreich erwiesen. Durch die Zurückdrängung des parteipolitischen Zugriffs auf den Bürger haben die Freiheitlichen zur Sicherung der persönlichen Freiheitsrechte und zur Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz beigetragen. Sie haben dem Grundsatz mehr Bürgerfreiheit, weniger Allmacht der Institutionen, der Behörden und der Parteien in vielen Bereichen wirksam Geltung verschafft. Das liberale Element ist durch die FPÖ gegen den alles überwuchernden Einfluss der beiden Massenparteien fühlbar gestärkt worden. Und den Kampf gegen die Korruption haben Freiheitliche an vorderster Front mit dem Ziel geführt, verlorenes Vertrauen in Politik, Politiker und Demokratie zurückzugewinnen. Freilich hat sich die FPÖ in keiner Phase ihrer Geschichte nur als Kontrollpartei verstanden.

Mehr Wähler, mehr Gewicht

Der von der FPÖ seit 25 Jahren geleistete politische Beitrag geht über ihre zahlenmässige Stärke weit hinaus. Das kann freilich auf die Dauer kein Trost für stagnierende Wählerzahlen sein. Ueberlegene politische Taktik ist kein Ersatz für Wählerstimmen. Die FPÖ hat — traditionsgemäss — die besten politischen Köpfe in ihren Reihen. In den Medien, speziell im Fernsehen, verkörpern oft nur einige wenige Spitzenpolitiker das Profil der Partei, die meisten von ihnen mit bestem Erfolg. Die notwendige Wirkung zur Motivierung der Organisation und zur Intensivierung der Parteiarbeit auf breitester Basis aber stellt sich dadurch nicht oder doch nur recht teilweise ein. Gute Fernsehauftritte sind kein Ersatz für solide Wählerbetreuung. Lehrreich ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich zwischen der Ära vor und nach der Rundfunkreform:

Bis 1967 war die FPÖ in den Medien — TV und Hörfunk — nur sehr sporadisch vertreten. Seither, dank der Rundfunkreform und dem Ausbau der politischen Berichterstattung, ist die FPÖ in den Medien durchaus präsent (was nicht heisst, dass es nicht noch besser sein könnte). Sicher bezieht der politische Normalverbraucher auf diesem Wege mehr als früher Informationen über freiheitliche Politik. In Wahlergebnissen schlägt sich das aber nicht nieder: Da schnitt die FPÖ (1959) nahezu ohne jede Publizität in TV und Hörfunk sogar wesentlich besser ab als heute. Das kann man sich wohl nur so erklären, dass sich die Funktionäre der mittleren und unteren Ebene nicht auf Fernsehauftritte der obersten Prominenz verlassen konnten, sondern, jeder auf seinem Platz, höchsten Einsatz leisten mussten. Und diese Mühe hat sich gelohnt.

Solche Ueberlegungen haben zwar nichts «Feierliches» an sich, sollten aber trotzdem in einen besinnlichen Rückblick auf 25 Jahre FPÖ einbezogen werden. Denn beim nächsten Jubiläum sollte bereits über den Erfolg der Bemühungen, die FPÖ aus dem Dasein einer Kleinpartei herauszufinden, berichtet werden können.

Leserbriefe

Zum Schutze des liberalen Rechtsstaates Revision Strafgesetzbuch: Ja

Entgegnung auf den Artikel «Liberaler Rechtsstaat: Ja, Revision Strafgesetzbuch: Nein»

Gegen den Widerstand verschiedener Kantonalsektionen hat die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) beschlossen, das Referendum gegen die Revision des Strafgesetzbuches zu ergreifen und neben zwei Referendumskomitees der Politischen Linken auch ein bürgerliches zu gründen.

Die Junge SVP hat sich angeschlossen, die Junge CVP der Schweiz hat sich distanziert.

Inzwischen ist das Referendum zustande gekommen. Es hat ganz offensichtlich in linken Kreisen der Bevölkerung einigen Anklang gefunden. Ebenso offensichtlich ist ihm jedoch die Unterstützung durch die Bürgerlichen, insbesondere auch durch einen Grossteil der JBS-Mitglieder, versagt geblieben. War ursprünglich von mindestens 15 000—20 000 Unterschriften die Rede, so mussten bereits kurze Zeit nach Sammelbeginn die Erwartungen auf 3000—5000 reduziert werden.

Woran mag es liegen, dass die grossangelegte JBS-Aktion eine derart geringe Resonanz gefunden hat, wenn doch angeblich das Grundrecht der Gesinnungsfreiheit gefährdet ist, einer uferlosen Meinungsüberwachung durch Polizeiorgane Tür und Tor geöffnet wird und keine Garantie mehr gegen missbräuchliche Anwendung der Polizei- und Staatsmacht existiert?

Allein schon die Tatsache, dass sich die JBS-Kritik fast ausschliesslich auf nur *eine von mehr als zwei Dutzend* Neuformulierungen konzentriert, offenbart die Schwäche ihrer Position.

Doch selbst der umstrittene Artikel 260bis über die Bestrafung gewisser Vorbereitungshandlungen entpuppt sich bei näherer Betrachtung nicht als Bedrohung, sondern vielmehr als wertvolle Bestimmung zum Schutze von Leben und Eigentum der Schweizer Bevölkerung und damit auch zur Erhaltung unseres — notabene liberalen — Rechtsstaates. Zu begrüssen ist er insbesondere deshalb, weil er den Behörden fortan die Handhabe geben wird, nicht erst nach, sondern bereits rechtzeitig vor der Ausführung eines Schwerstverbrechens einzugreifen und damit wertvolles Leben zu retten — eine Tatsache, die allemal schwerer wiegt als die übertriebene Rücksichtnahme auf Gewaltverbrecher, die im übrigen bei einer Vorbereitungshandlung das Stadium blosser Gesinnung, welche weiterhin straffrei bleibt, schon längst überschritten haben.

Kein Wunder denn, dass die grosse Kammer der Gesetzesänderung in der Schlussabstimmung mit 115 Ja zu 22 Nein (allein die Sozialdemokraten verfügen im Nationalrat über 51 Sitze) ihren Segen gegeben hat.

Bleibt noch das — von Referendumskomiteepräsident Pierre de Raemy zitierte — freisinnige Motto « Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat». Nur, hat die Freisinnig-Demokratische Partei jemals mehr Freiheit und weniger Staat für Geiselnehmer, Mörder und Terroristen gefordert? Wir überlassen die Antwort den Lesern des «Freisinns».

Vorstand der Jungliberalen des Kantons Zürich

Theorie und Praxis

Wie grundsatztreu politisieren unsere freisinnigen Politiker?

Der Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» ist für die FDP sicher mehr als nur einer Wahlschlagwort. Er nennt an sich das Uranliegen des Subsidiaritätsprinzipes im modernen Liberalismus. So kann es nicht verwundern, dass gerade dieser Slogan eine Grundsatzdiskussion über die Rolle von Staat und Gesellschaft ausgelöst hat, die auch nach den Wahlen anhält.

Die FDP muss sich aber wie andere Parteien auch gefallen lassen, dass die tatsächlich betriebene Politik der eigenen Vertreter mit den Wahlparolen verglichen wird. Und hier muss leider vermerkt werden, dass zu viele unserer FDP-Politiker schon eher dem Grundsatz «Noch mehr Staat und weniger Eigenverantwortung» in ihrer Tagespolitik huldigen. Dazu drei Beispiele aus allerjüngster Zeit: Ein «freisinniger» Kantonsrat verlangt von Staates wegen ein Obligatorium des Kindergartens. Wo bleibt da die Eigenverantwortung der Eltern? — Eine «freisinnige» Kantonsrätin unterstützt das Begehren, per Gesetz die Mineralwasserpreise unter die Bierpreise zu dekretieren. Wo bleibt da die Eigenverantwortung von Wirtschaft und Konsument? — Und ein «freisinniger» Regierungsrat kämpft für sein neues Spielgesetz, das ganze Spielkategorien im Gegensatz zu den Nachbarkantonen verbietet und praktisch nur gerade die Spielgeräte im Familienkreis von der staatlichen Regelung verschont. Wo bleibt da noch Platz für die vielgerühmte Selbstverantwortung?

Grundsätze sind gut, und gute, liberale Grundsätze sind noch besser. Werden sie aber je nach Opportunität angewendet oder eben fallengelassen, so schaden sie nicht nur dem Einzelnen, sondern dem Ganzen. Die grösste Gefahr für unseren FDP-Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» kommt daher aus den eigenen Reihen.

Hans Graf, Stäfa

Wollen Sie die «Rigi-Thesen» kennenlernen?

Wenn ja, dann müssen Sie untenstehenden Talon einsenden. Die «Rigi-Thesen» haben, wie das Echo zeigt, nicht nur innerhalb der FDP lebhafte Diskussionen ausgelöst. Ihr Grundsatzteil ist den Kantonalparteien zur Vernehmlassung unterbreitet worden, während die beiden anderen Kapitel der Thesen — «Sachpolitische Projektionen» sowie «Tips für praktische Politik» — vor allem als Denkanstösse für die Kantonal- und Ortsparteien dienen sollen.

Bestelltalon für «Rigi-Thesen»

Senden Sie mir... Exemplare der in Nummer 3/81 der «Politischen Rundschau» veröffentlichten «Rigi-Thesen» zu. Den Betrag von 5 Fr. je Heft werde ich nach Erhalt mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

Name _____

Strasse _____

PLZ, Wohnort _____

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Ein Beitrag zur Diskussion

Das EMD ohne Sport?

Die Eidgenössische Turn- und Sportschule Magglingen (ETS) und damit der Sport überhaupt soll dem EMD weggenommen und künftig dem Departement des Innern unterstellt werden. Die Meinungen über einen solchen Schritt gehen auseinander. «Der Freisinn» veröffentlicht nachstehend einen Beitrag zur Diskussion von Peter Jenny, früherem stellvertretendem Pressechef im EMD.

Die Diskussion um eine Neuunterstellung der ETS, der auch Jugend+Sport, der frühere militärische Vorunterricht, angegliedert ist, geht auf die späten sechziger und frühen siebziger Jahre zurück, als eine neue Verfassungsbestimmung über Turnen und Sport sowie ein neues Bundesgesetz zur Förderung von Turnen und Sport geschaffen wurden. Aktuell wurde die geplante Verschiebung deshalb, weil eine vom Parlament auf den 19. September 1982 festgelegte Frist den Bundesrat zwingt, allfällige Massnahmen zur Verwaltungsreorganisation den eidgenössischen Räten bis spätestens zu diesem Termin vorzuschlagen. In der Bundeskanzlei wird die Botschaft, die auch noch andere Verschiebungen unter Departementen zum Inhalt hat, vorbereitet. Das Parlament kann, wenn es mit den Anträgen konfrontiert wird, das ganze Paket gutheissen oder die Vorschläge zurückweisen.

Weiterhin «gute Dienste» des EMD?

Die Befürworter einer Neuunterstellung des Sportes operieren damit, dass bei Jugend+Sport auch die Mädchen nun integriert seien, der Sport heute so oder so gesellschaftlich einen anderen Stellenwert besitze und eine Verbindung zur Erziehung naheliegender sei als eine solche mit dem Militär. Diese Argumentation lässt die bisherige geschichtliche Entwicklung ausser acht und wirkt mit Blick auf die Praxis fadenscheinig, denn die Sportverbände wurden bislang vom EMD stets «gut bedient». Auf die guten Dienste des EMD (Truppen für eidgenössische Grossanlässe, Armeematerial für zahlreiche Sportveranstaltungen, Helikoptereinsätze, Verkehrsregelung, Motorfahrzeuge, Verpflegung, Kartenmaterial usw.) wollen denn auch die Anhänger der neuen Lösung nicht verzichten. Sie verlangen vielmehr fast kategorisch, dass die ETS auch nach der Neuunterstellung direkt dem Departementsvorsteher unterstellt sei, wie jetzt beim EMD.

«Fünfer-und-Weggli-Politik»

Und selbstverständlich dürften die EMD-Leistungen keine Schmälerung erfahren. Diese «Fünfer-und-Weggli-Politik» hätte natürlich Konsequenzen, würden sich doch Beamte fortan in zwei Departementen mit denselben Anfragen herumschlagen. Der Ruf nach einem Koordinationsorgan würde nicht lange auf sich warten lassen, die Steigerung des Verwaltungsaufwandes nicht zu umgehen sein. Bei Pannen würde man dann gerne auf die Mitverantwortung des «anderen Departementes» verweisen. Eine solche Verwischung der Kompetenzen ist unerwünscht, eine Ausweitung der Verwaltungsarbeit kann gerade wegen der Lage der Bundesfinanzen nicht einleuchtend begründet werden.

Teil der Wehrbereitschaft?

Aus dem EMD werden noch andere Gründe für die Beibehaltung des Sportes geltend gemacht: So ist nicht zu vergessen, dass jährlich 50 000 Stellungspflichtige bei der Rekrutenprüfung ihre körperliche Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen müssen. Dafür müssen Beamte des EMD zuständig bleiben. Für Spitzensportler stellt sich bei Wiederholungs- und Ergänzungskursen laufend die Frage des Trainings und der Beurlaubung. Hier ist die enge Zusammenarbeit zwischen Sportlern und EMD eine Notwendigkeit.

Neben organisatorisch-technischen Belangen hat die «Idee einer Armee aus Sportlern» eine gewichtige staatspolitische Dimension, und ihre Funktion als Integrationsfaktor darf nicht unterschätzt werden. Es liegt ebenso im Sinne der Wehrbereitschaft, wenn für den Verbleib des Sportes beim EMD Farbe bekannt und Partei ergriffen wird.

Zwei neue Verfassungsinitiativen in kernkraftfeindlichem Umfeld

Gefährdete Energiepolitik

Unter den gut zwei Dutzend Volksinitiativen, die gegenwärtig hängig, im Stadium der Unterschriftensammlung oder angekündigt sind, befinden sich zwei aus dem energiepolitischen Bereich. Die eine verlangt «eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke», die andere «eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung».

Beide Volksbegehren wurden kurz vor der Jahreswende gleichzeitig eingereicht, und zwar von nahezu identischen Trägerschaften. Diese setzen sich aus einer grösseren Zahl von Umweltschutzorganisationen und «Antiatom»-Gruppen zusammen, schliessen aber auch die SPS ein. Nachdem im Sommer die noch radikalere Initiative «für den Stopp des Atomenergieprogramms» gescheitert war, haben die beiden zur Diskussion stehenden Vorstösse die Marke von 100 000 Unterschriften überschritten. Gemeinsam ist ihnen eine schwerwiegende rechtliche und sachliche Problematik.

Bedrohliche Blockierungswirkungen

Dies trifft zunächst für das erste Volksbegehren zu, das nicht nur nach Leibstadt keine neuen Kernkraftwerke und keine Ersetzung bestehender Anlagen mehr zulassen will, sondern nach der erklärten Absicht seiner Urheber auch Kaiseraugst vorweg verunmöglichen soll. Denn mit der Bestimmung, welche nur den Betrieb von Werken mit einer vor 1980 erteilten nuklearen Baubewilligung gestatten würde, wäre der jetzt erforderliche Parlamentsentscheid über Kaiseraugst blockiert, das nach geltendem Recht abzuwickelnde Verfahren also gegenstandslos gemacht. Insgesamt zielt die Initiative nach den Aussagen ihrer Befürworter darauf ab, die Schweiz etwa im Jahr 2010 von jeglichem Atomstrom zu «befreien».

In noch umfassenderer Weise droht aus der zweiten Initiative trotz ihrer harmlos klingenden Firmierung eine Gefährdung der Energieversorgung. Nach den verlangten Uebergangsbestimmungen sollen nämlich auch konventionelle (hydrologische und thermische) Kraftwerke von grösserer Leistungsfähigkeit nicht mehr bewilligungsberechtigt sein, bevor die nötige Ausführungsgesetzgebung rechtskräftig geworden ist. Diese kann aber Jahre benötigen, so dass mit Versorgungsengpässen zu rechnen wäre, denen wiederum nur mit drastischen staatlichen Eingriffen in den Energieverbrauch begegnet werden könnte.

Klärung dringlich

Angesichts der Unsicherheits- und Verzögerungselemente, welche die Initiativen enthalten, drängen realistisch denkende Kreise mit Recht auf möglichst rasche Klärung durch eine speditive Behandlung der Vorstösse vorerst durch den Bundesrat und die eidgenössischen Räte. In diesem Sinn hat sich namentlich die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie vernehmen lassen. Es ist ja nicht zu übersehen, dass die Energiepolitik schon ohnedies mit mehreren wichtigen und umstrittenen Rechtsetzungsfragen konfrontiert ist, so mit dem bundesrätlichen Vorschlag für einen Energieartikel, dem Expertenentwurf für die Revision des Atomgesetzes sowie dem Projekt für ein Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz.

Ueber all dem sollte nicht vergessen werden, dass Energie zu den Grundlagen einer prosperierenden Wirtschaft und Bevölkerung gehört, dass bei ihrer Beschaffung das Erfordernis einer verminderten Erdölabhängigkeit vor allem durch den Ausbau der Stromversorgung zu erfüllen ist und dass unter den Elektrizitätserzeugungsalternativen gerade die Kernkraft ihre ökologischen Vorzüge hat.

Für Frieden in Freiheit

FDP-Vorstoss zur Friedensbewegung

«Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass es für die Schweiz nicht um irgendeinen Frieden, sondern um einen Frieden in Freiheit geht?» Diese Frage stellt die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einer Interpellation (Sprecher: Nationalrat Gilbert Duboule, Genf), nachdem an der Friedensdemonstration von Anfang Dezember in Bern grundlegende Aspekte der schweizerischen Sicherheitspolitik in Frage gestellt wurden, insbesondere das Prinzip der bewaffneten Neutralität. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung deshalb auf, ihre Auffassung zu äussern. Angefragt wird der Bundesrat im weiteren, welche politische Mittel nach seiner Ansicht die Schweiz einsetzen kann, um dem Ziel eines Friedens in Freiheit näherzukommen und welche Möglichkeiten er sieht, um die friedensfördernden Bemühungen zu stärken. Ebenso wird Auskunft darüber verlangt, wie er die Bedeutung eines militärischen Gleichgewichts in Europa für die Unabhängigkeit der Schweiz einschätzt.

Vom National- zum Regierungsrat

Auf Ende des vergangenen Jahres ist aus dem Nationalrat Erwin Muff ausgeschieden. Der 46jährige Freisinnige begründete seinen Schritt mit seiner am 29. November erfolgten Urnenwahl in den Regierungsrat des Kantons Luzern. Mitglied der grossen Kammer war er seit 1971.

Von 1967 bis 1971 gehörte der vor seinem Eintritt in die Luzerner Regierung als Landwirtschaftslehrer wirkende dipl. Ing. agr. ETH dem Grossen Rat seines Kantons an und übte seit 1968 das Amt eines Stadtammannes in Willisau aus. Im Nationalrat präsidierte er u. a. die Kommission «Genossenschaftsbesteuerung» und war innerhalb der Geschäftsprüfungskommission Präsident der Sektion EMD. Im Rat galt sein Hauptinteresse vor allem Landwirtschafts- und Militärfragen, daneben gehörte er mehreren Kommissionen an.

Erster Ersatzmann auf der Liste der Luzerner Liberalen (Freisinnigen) ist Kaspar Villiger, Pfeffikon. Der 1941 geborene dipl. Ing. ETH ist Präsident des Verwaltungsrates der Villiger Söhne AG, Cigarren- und Fahrradfabrik. Er gehört dem Grossen Rat des Kantons Luzern seit 1972 an.

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Seltene Teppiche aus dem Iran

vom Fachgeschäft für handgeknüpfte Teppiche

Iran-Teppich Djalali

St. Gallen, Brühlgasse 17,
Telefon (071) 22 32 42

Für uns heisst verwalten nicht nur buchhalten, sondern vor allem den Wert der Liegenschaft erhalten.

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

Sonderschau
vom 9. Januar bis 13. März 1982 in Zürich.

Parkett-Variationen

Das Holz lebt und wird zum Mittelpunkt. Zu schön, um mit Füssen getreten zu werden. Parkett ist tischfein geworden.
Die Esstische, Buffets, Vitrinen und Schränke tragen die unverkennbare Handschrift des Basler Entwerfers Dieter Waeckerlin.

Möbelzentrum des Handwerks
Zürich: Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelmoli, Tel. 01-211 79 47.
Und in unserer Grossausstellung auf 5000 m² in **Volketswil:** an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro, Tel. 01-945 66 81.

Keine Erdrutsche, doch Akzentverschiebungen

Nach den Wahlen in Westschweizer Kantonen

Erfolge für die Freisinnigen und Liberalen, «Hochs» und «Tiefs» für die SP, andauernder Erosionsprozess bei der CVP und bei der PdA — das kann als Fazit der Herbstwahlen in mehreren Westschweizer Kantonen gezogen werden.

Im Vordergrund dieses Kommentars stehen die Neubestellung der kantonalen Exekutiven und Legislativen in den Kantonen Genf und Freiburg. In die Wertung einzubeziehen sind zudem die Gemeindewahlen in der Waadt, wo dem Kampf um das Stadtpräsidium in der kantonalen Metropole besondere Beachtung geschenkt wurde.

Freisinnige und Liberale als Gewinner in Genf

Den 57 bürgerlichen Ratsvertretern im Genfer Grossen Rat stehen 36 der Linken sowie sieben Vigilants (Ueberfremdungspartei) gegenüber. Die drei bürgerlichen Parteien konnten ihre Position verstärken, da die Liberalen fünf und die Freisinnigen, die damit die Talsohle durchschritten haben dürften, zwei Mandate gewannen. Diesen sieben zusätzlichen Sitzen stehen zwei Verluste bei der CVP gegenüber, die ihre anhaltende Talfahrt nicht bremsen konnte. Die Linke verlor insgesamt vier Mandate, da den beiden Sitzgewinnen der SP sechs Verluste der PdA gegenüberstehen. Ein Mandat mussten die Vigilants abtreten, weniger als erwartet.

Bei den Erneuerungswahlen für den Staatsrat wurde die Genfer «Zauberformel» erneuert, nachdem sie für die Dauer eines Jahres ausser Kraft gesetzt wurde, da bei einer Nachwahl der offizielle SP-Kandidat einem von den Liberalen unterstützen Parteilosen unterlag. Freisinn, Liberale und SP stellen je zwei Vertreter, die CVP einen. Bemerkenswert, dass die beiden SP-Staatsräte mit den schlechtesten Stimmenzahlen gewählt wurden.

«Zauberformel» auch für Freiburg?

Eine bittere Niederlage musste die CVP im Kanton Freiburg hinnehmen. Sowohl bei den Wahlen in den Grossen Rat wie aber auch in die kantonale Exekutive muss sie sich als grosse Verliererin bezeichnen lassen. In der Regierung verlor sie die absolute Mehrheit und bei den Wahlen in die Legislative vier Mandate. Als Sieger feiern lassen darf sich die SP, während die Freisinnigen ihre Position hielten. Aus der Regierung ausscheiden musste der SVP-Vertreter, nachdem diese Partei während Jahrzehnten dank Listenverbindung mit der CVP dieser zur Mehrheitsstellung verhalf und dafür mit einem Sitz in der kantonalen Exekutive «entschädigt» wurde. Politische Beobachter sehen in der jetzigen Zusammensetzung der Freiburger Regierung — drei CVP-Vertreter, je zwei Freisinnige und Sozialdemokraten — die «Zauberformel» für ihren Kanton.

Bei den Grossratswahlen büsste, wie erwähnt, die CVP vier Mandate ein, während die SP zwei gewann. Opfer der Neuzuteilung der Mandate auf die verschiedenen Wahlkreise wurden die Freisinnigen, die einen Sitz verloren.

Freisinniger Syndic für Lausanne

Mehrheitlich erfolgreich für die Liberalen und die Freisinnigen verliefen die Gemeindewahlen in der Waadt, während die Linke — sowohl SP wie PdA — Einbussen in Kauf nehmen musste. Deutlich abgeschlagen wurde der SP-Angriff auf das Stadtpräsidium in Lausanne. Weiterhin wird ein Freisinniger die Waadtländer Metropole leiten. Zulasten der SP und der Umweltschutzvereinigung konnten die Freisinnigen und Liberalen zudem je ein zusätzliches Mandat in der städtischen Exekutive erringen. Die Wahlen in die Legislative erbrachten Gewinne für die Liberalen und Verluste für die PdA, während sich die übrigen Parteien halten konnten.

Mit den Urnengängen in Genf und Freiburg ist der Reigen kantonaler Wahlen in der Romandie, der in den Kantonen Wallis, wo die CVP ebenfalls deutliche Terrainverluste erlitt, während die Freisinnigen sich als eigentliche Gewinner feiern lassen konnten, und Neuenburg — mit Erfolgen für die Liberalen und die Sozialdemokraten — begann, vorerst abgeschlossen. In diesem Frühjahr folgt die Waadt, im Herbst 1982 der Jura mit der Neubestellung der kantonalen Exekutive und Legislative.

Das wahre Gesicht gezeigt

Die FDP zu den Ereignissen in Polen

Zu den Ereignissen in Polen hat die FDP der Schweiz verschiedentlich Stellung bezogen und ihrer Besorgnis über die Entwicklung Ausdruck gegeben. Die Partei begrüsste ausdrücklich friedliche Demonstrationen, mit denen gegen die Verletzung der Menschenrechte in Polen protestiert wird. Sie appellierte im weiteren an die Verantwortlichen in Polen, den Demokratisierungsprozess nicht gewaltsam zu stoppen, die unrechtmässig Inhaftierten freizulassen und die Probleme des Landes in einem freiheitlichen und demokratischen Dialog einer Lösung entgegenzuführen. Insbesondere gab sie auch der Hoffnung Ausdruck, dass jegliche Einmischung von aussen unterbleibt.

In einer Interpellation stellte die FDP-Fraktion der Bundesversammlung der Landesregierung mehrere Fragen. Sie will wissen, wie der Bundesrat die Ereignisse beurteilt und welche Folgerungen sich daraus für die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität in Mittel- und Westeuropa ergeben. Im weiteren wird nach den Folgen für die Entspannungsbemühungen und die Anstrengungen für die Friedenssicherung gefragt. Zudem soll sich die Landesregierung dazu äussern, wie sie sich in bezug auf die Finanz- und Wirtschaftshilfe der Schweiz an diesen Staat verhält. Die FDP-Fraktion hält in ihrem Vorstoss fest, dass «ein hoffnungsvoller Prozess der Demokratisierung durch militärische Gewalt abgewürgt wurde». Einmal mehr habe ein kommunistisches Regime sein wahres Gesicht gezeigt, indem es offen zugeben müsse, dass es sich ohne Einsatz militärischer Mittel nicht an der Machte halten könne. Nach Ansicht der freisinnigen Fraktion können die Ereignisse in Polen der Schweiz nicht gleich sein, haben doch die Bemühungen zur Aufrechterhaltung eines Friedensdialoges einen schweren Schlag erlitten.

Frieden in Europa — Illusion und Wirklichkeit

Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz (Arbeitstagung)

Samstag, 6. Februar 1982, 10.15 Uhr in Bern, Hotel Gurten-Kulm

10.15 **Begrüssung** durch Parteipräsident Yann Richter

1. **Politische Lagebeurteilung** (insbesondere Europa und Gleichgewicht USA - UdSSR)
   Kurzreferat von Claude Monnier, ehemaligem Chefredaktor des «Journal de Genève»
2. **Militärstrategische Lagebeurteilung** (Europa, Verhältnis USA - UdSSR, Aufgabe der Schweizer Armee)
   Kurzreferat von Divisionär Gustav Däniker, Stabschef Operative Schulung
3. **Sozialethische und theologische Bedeutung der Friedensbewegungen**
   Kurzreferat von Dr. Alberto Bondolfi, Theologe, wissenschaftlichem Mitarbeiter am Sozialethischen Institut der Universität Zürich, Mitglied der Kommission Justitia et Pax (beratendes Organ der Schweizer Bischöfe)
4. **Zum Verhältnis zwischen Frieden und Freiheit**
   Kurzreferat von Dr. Georg Kohler, Lehrbeauftragtem an der Universität Zürich
5. **Der Begriff des Krieges in der sowjetischen Doktrin**
   Kurzreferat von Prof. Josef Bochenski O. P., Universität Freiburg

11.45 Aufteilung in Arbeitsgruppen

12.00 **Gruppenarbeit**
Leiter Gruppe 1 (Referate Monnier/Bochenski):
Nationalrat Gilbert Duboule
Leiter Gruppe 2 (Referat Däniker):
Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich
Leiter Gruppe 3 (Referat Bondolfi): Grossrätin Anne Petitpierre
Leiter Gruppe 4 (Referat Kohler):
Kantonsrat Prof. Riccardo Jagmetti

In den Arbeitsgruppen wirken, neben den jeweiligen Referenten, zusätzlich mit:

— Andreas Gross, Präsident Jusos
— ein Vertreter der Friedensbewegung

13.15 Ende der Gruppenarbeit

13.30 **Podiumsgespräch** mit Referenten und Gruppenleitern; anschliessend Plenumsdiskussion
Leitung: Dr. Peter Studer, Vorsitzender Chefredaktion «Tages-Anzeiger»

15.15 **Schlussvotum** von Bundesrat Georges-André Chevallaz

15.30 Ende der Delegiertenversammlung

Zur Delegiertenversammlung sind alle Parteimitglieder eingeladen.

● Wir empfehlen Ihnen, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Sie erreichen das Hotel Gurten-Kulm in ca. 20 Min. ab Bahnhofplatz Bern mit Tram Nr. 9 in Richtung Wabern bis Haltestelle «Gurtenbahn», anschliessend zweiminütiger Fussmarsch zur Talstation der Gurtenbahn, die einen Pendelbetrieb unterhält. (Sie können in der Bahnhofhalle am Schalter der Städt. Verkehrsbetriebe — SVB — ein kombiniertes Billett Bahnhof—Gurten retour lösen.)

● Gebührenpflichtige Parkplätze stehen in beschränkter Anzahl bei der Talstation der Gurtenbahn zur Verfügung.

● Für die Mittagsverpflegung ist ein kleines Selbstbedienungs-Buffet (Sandwiches, Käseküchli, Getränke usw.) organisiert, das während der Gruppenarbeit individuell benützt werden kann.

Neue Runde in der Schulkoordinationsfrage

Doch noch Konkordatslösung?

Die von zwölf FDP-Kantonalparteien eingereichte Initiative auf Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns hat bereits erste Spuren zurückgelassen, obwohl sie von den eidgenössischen Räten noch gar nicht behandelt wurde: Die Bemühungen um eine Lösung auf Konkordatsebene wurden intensiviert, und in den beiden «Schlüsselkantonen» Zürich und Bern dürften demnächst die Stimmberechtigten Stellung zu beziehen haben. Alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi fasst den Stand der Situation zusammen:

Eine Konkordatslösung für den Spätsommerschulbeginn liegt wieder im Bereich des Möglichen. Als das Zürcher Kantonsparlament im August vergangenen Jahres eine Gesetzesvorlage zur Verschiebung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer knapp begrub, schienen die Bemühungen zur Vereinheitlichung des Schulbeginns in der ganzen Schweiz gescheitert. Das Echo in der Oeffentlichkeit auf diesen Entscheid war wenig freundlich.

Desavouierte Berner

Besonders peinlich wurde die Situation für die Stimmberechtigten des Kantons Bern. Der Beschluss des Zürcher Kantonsrates, auf eine Gesetzesrevision zur Verlegung des Schuljahresbeginns vom Frühjahr auf den Spätsommer gar nicht einzutreten, kompromittierte die vom bernischen Grossen Rat im vergangenen Mai zuhanden einer Volksabstimmung Ende November verabschiedete gleichlautende Vorlage aufs schwerste. Nach dem Zürcher Nein buchstabierte dann auch der Kanton Bern zurück und verschob die Abstimmung auf ein noch nicht bekanntes Datum.

Aus Sackgasse befreit

Nun hat sich der Zürcher Kantonsrat mit behördlicher Hilfe aus einer Sackgasse befreit, in die er sich selber manövriert hatte. Er griff erleichtert, wenn auch ohne grosse Begeisterung, nach dem Rettungsseil, das ihm die Schulpflege Stallikon zuwarf, als diese wenige Tage nach dem negativen Parlamentsentscheid die Gesetzesvorlage nochmals als Behördeninitiative einreichte. Nun hat das Zürcher Kantonsparlament der Stalliker Behördeninitiative die endgültige Unterstützung gewährt, gleichzeitig aber auch einen Gegenvorschlag der vorberatenden Parlamentskommission zugestimmt. Dieser Gegenvorschlag ergänzt die Initiativforderung, den Schuljahrbeginn im Spätsommer anzusetzen, mit dem Vorbehalt, diese Verlegung könne nur in Kraft treten, falls auch die Stimmbürger des Kantons Bern einer Verlegung auf den Spätsommer zustimmen.

Prozedurfragen

Im parlamentarischen Verfahren musste die Initiative gleichwohl unterstützt werden, damit dem Volk überhaupt ein Gegenvorschlag vorgelegt werden kann. Falls der Gegenvorschlag nach der zweiten Lesung im Parlament eine Mehrheit findet (was mit 99prozentiger Sicherheit zu erwarten ist), wird die Behördeninitiative wahrscheinlich zurückgezogen und einzig der Gegenvorschlag dem Zürchervolk vorgelegt. Die Zürcher Volksabstimmung kann voraussichtlich im Juni stattfinden.

Am gleichen Wochenende werden voraussichtlich auch die Berner über ihre Vorlage zur Einführung des Spätsommerschulbeginns abstimmen. Im Gegensatz zum Zürcher Gegenvorschlag umfasst die Berner Vorlage indes den Vorbehalt nicht, wonach nebst der Zustimmung der Berner Stimmbürger auch ein Ja in Zürich nötig ist, um den Spätsommerschulbeginn einzuführen.

Den Entscheiden von Zürich und Bern über eine Verlegung des Schuljahresbeginns wird eine Schlüsselrolle zukommen. Falls beide Kantone zustimmen, dürften in kurzer Zeit auch diejenigen Kantone nachziehen, in denen das Schuljahr noch im Frühling beginnt. Es handelt sich um die Kantone St. Gallen, beide Appenzell, Thurgau, Schaffhausen, Glarus, Schwyz, Aargau, Solothurn und beide Basel.

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH
&
NEW YORK
Baer American Banking Corporation
330 Madison Avenue, New York, N.Y. 10017
NY8201